

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1913**

90 (18.4.1913) Erstes Blatt



# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Postkassett 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2850. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, aber deren Raum 20 P. Lokalinserte billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gess & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

### Der Streik in Brüssel.

Brüssel, 16. April.

Der Ausruf in Brüssel ist in den ersten Tagen des Generalstreiks für den Kriegskorrespondenten geboten, weil man hier durch die beim nationalen Streikkomitee einlaufenden Nachrichten aus der Provinz am schnellsten und vollständigsten über den Umfang und die wichtigsten Vorwände des Kampfes informiert wird. Die Schattenseite der Medaille ist jedoch, daß man in dieser Stadt, die von allen Großstädten Europas vielleicht den geringsten Prozentsatz von Industriearbeitern aufweist, von der Bewegung verhältnismäßig wenig sieht. Nicht in dieser Zugstadt vor excellence, wo sehr viel konsumiert und sehr wenig produziert wird, sondern in den riesigen Industriebezirken der wallonischen Provinzen Hennegau und Lüttich, in den Fabrikstädten wie Gent und Verviers, im Antwerpen Hafen wird die große Schlacht geliefert. Um eine unmittelbare Anschauung der Situation zu gewinnen, muß man dort hinreisen. Morgen werde ich denn auch eine mehrtägige Tour durch die Hauptgebiete des Kampfes antreten. Ich wollte jedoch Brüssel nicht verlassen, ohne mir zunächst das anzusehen, was hier vom Streik zu sehen ist. Eine Rundfahrt im Auto durch die Arbeitervororte Groß-Brüssels, die ich heute zusammen mit dem Lokalredakteur des „Peuple“ unternahm, bot mir dazu Gelegenheit.

Der Brüsseler Pieper, der den Rändergeschichten, die die literale Presse von dem Anfang des Streiks über dessen furchtbaren, gewalttätigen Charakter systematisch verbreitete, Glauben geschenkt und sich wie für eine Verlagerung approximiert und bewaffnet hatte, war ganz erstaunt, als er am Montag konstatierte, daß er zur gewohnten Stunde seinen Morgenkaffee mit frischen Brötchen genießen und mit der Straßenbahn durch die kaum weniger als sonst belebten Straßen nach seinem Geschäft fahren konnte. Das mag ihn — im Verein mit der Lektüre der literalen Presse, die mit der ihr eigentümlichen Unterbrechung von einem „mühsamem Generalstreik“ redet — zu dem gegenteiligen, aber nicht weniger irrigen Glauben verleitet haben, es sei eigentlich viel Lärm um nichts gewesen, weil er vom Streik nichts oder mindestens viel weniger, als er erwartet hatte, sah.

Und doch hätte er, um den Streik mit eigenen Augen zu sehen, nicht einmal bis zum Vorort oder nach Lüttich fahren sollen; schon ein halbstündiger Spaziergang durch ein Arbeiterviertel hätte ihn belehrt, daß es keine leere Drohung war, als die Arbeiterpartei den Streik aller Industriearbeiter vorbereitete und daß die Brüsseler Industriearbeiter ebenso der Parole des Streikkomitees gefolgt sind, wie die wallonischen Bergarbeiter oder die Gentler Weber.

Es gibt in Groß-Brüssel überhaupt nur zwei oder drei größere Fabriken, und zwar solche, die ausschließlich ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen, wo noch gearbeitet wird. In allen übrigen — meist Maschinenfabriken, Druckereien und Automobilfabriken wird gestreikt. Nur hier und da wurde am heutigen Dienstag noch mit einem ganz geringen Teil des Personals weiter gearbeitet, die meisten betroffenen Betriebe sind überhaupt geschlossen worden. Und wenn man im Zentrum der Stadt so wenig streikende Arbeiter bemerkt, so einfach deswegen, weil sie der Parole des Streikkomitees gefolgt sind, die innere Stadt möglichst zu meiden, damit den Gendarmen und Politisten, die dort die Hauptgebäude „verteidigen“, keine Gelegenheit zu „Aktionen“ gegeben wird. Die Leute sind entweder zu Hause — wer ein Gärtchen hat, ist dort mit Spaten und Sichel beschäftigt; manch anderer benutzt die Gelegenheit, hier eine Kür frisch anzukultivieren, dort sich in der für Laien schwierigen Kunst des Tapetenflebens zu üben — oder sie benutzen das schöne Frühlingswetter, das auf die schweren Schneefürne vom Sonntag gefolgt ist, zu einem Spaziergang in die Umgebung. Die einzige Unterbrechung war bis jetzt der Besuch des Streikkontrolllokals und in einigen Berufen auch ein paar Stunden Streikpostenleben. Mit den Veranstaltungen des Bildungsausschusses, Vorträge, Konzerte, Ausflüge, Spiele usw. — wird erst am morgigen Mittwoch angefangen, wenn jedermann seine Streikkarte haben wird.

Jeder Streikende bekommt seine Kontrollkarte und soll diese in dazu besonders bestimmten Lokalen täglich absteuern lassen. Solcher Lokale gibt es in Groß-Brüssel 141, die meist in Wirtschaften der Vororte eingerichtet sind. Bei dieser Gelegenheit ist darauf geachtet worden, daß in keinerlei Form Zwang ausgeübt wird. Die Streikenden können sich von 9 Uhr bis mittags zur Kontrolle anmelden und zwar in dem Lokal, in dem sie ihre Karte ausgestellt erhalten haben. Die Verteilung der Lokale ist nicht nach Berufen, sondern nach Stadtteilen vorgenommen worden. Die von den Kontrollleuten ausgefüllten Formulare werden nachmittags den verschiedenen Gewerkschaftssekretariaten übermittelt.

In den meisten Kontrolllokalen, die ich heute besuchte, sah eine Anzahl Streikende herein, ohne ein Wort zu sagen.

Sie werden Zeitungen gelesen, dort wird Skat gespielt, etwas weiter spielt ein mehr oder weniger musikalisch talentierter Streikender seinen Genossen auf dem Klavier Nieder vor, die von den andern im Chor mitgesungen werden.

In den fünf Filialen, die das Brüsseler Volkshaus in den Vororten hat, ist dieselbe strenge Streikordnung durchgeführt, wie im Hauptlokal: am Eingang warnt die zweisprachige Aufschrift: „Local privé — Privatlokal“ diejenigen, die dort nichts zu suchen haben, daß sie nur dann hereingelassen werden, wenn sie den vor der Tür postierten Ordnern ihre Streikkarte oder ihre Mitgliedskarte von der Partei vorgeigen können. Punkt 6 Uhr abends geht eine Klingel, drei Minuten später sind alle Besucher draußen, auf dem Heimwege. In dem Volkshaus von Brüssel-Stadt, dem schönen Arbeiterpalast der Rue Joseph Stevens, ist der Teil des Gebäudes, in dem die Sekretariate der Organisationen untergebracht sind, auch den Streikenden und Parteimitgliedern veripert; hier werden nur die Genossen hereingelassen, die eine besondere rote, mit ihrem Bilde versehene Legitimationskarte mit sich führen, die nur denen ausgestellt wird, die mit irgend einer besonderen Funktion beauftragt worden sind. Auf diese Weise wird der Andrang der Neugierigen und der — Unbefugten sehr wirksam zurückgehalten. Nur das Café, die Lesehalle und die Bibliothek sind den Streikenden allgemein zugänglich. Im Café werden nur alkoholfreie Getränke verkauft — auch für die besteht hier kein Zwang — und mittags kann man da für 10 Centimen einen riesigen Teller Suppe mit Brot bekommen.

Noch billiger ist die Suppe, die man in den „Kommunistischen Küchen“ bekommt, die in 25 Lokalen der Arbeiterviertel eingerichtet worden sind. Hier wird nämlich jeder mit seiner Kontrollkarte versehene Streikende unentgeltlich bedient und wer sich Suppe für seinen Haushalt holen will, bezahlt dafür 10 Centimes pro Liter. Diese Küchen sind meist in großen Schuppen untergebracht. Ich besuchte sogar eine im Vorort Anderlecht, für die ein reicher, aber arbeiterfreundlicher Villenbesitzer ein großes Nebengebäude in seinem Park zur Verfügung gestellt hat, mit dem Gelde für eine tüchtige Portion Fleisch als tägliche Zugabe. In großen Kesseln — ähnlich denen, die beim Militär gebraucht werden — wird dort von Streikenden und ihren Frauen die Suppe gekocht. Um halb 12 Uhr stehen meist schon Liebhaber da, die warten, bis die Kocherei ganz fertig ist, um ihren Teil zu verlangen, und vor 1/2 1 Uhr sind die Kessel ziemlich alle leer. . . . Kein Wunder, denn ich habe selten so schmackhafte Suppe gegessen, wie die, die ich in den verschiedenen Küchen, die ich heute gegen die Mittagszeit besuchte, zu kosten bekam. Ich gehe sogar, daß ich es nicht gemacht hätte, um nicht für einen Bierkaffee zu gelten, in einer einzigen Küche nur halb so viel Suppe zu essen, wie die, die ich in den fünf oder sechs ingekant besuchten Küchen unter dem faden-scheinigen Vorwand der Reportage an die Zeitung „Zusammengefollet“ habe. Beim Militär sind die Küchenlokale auch lange nicht so hell und freundlich, und das Küchenpersonal lange nicht so lebenswürdig, wie die braven, in tadellos weißen Schürzen gefledderten Genossen und Genossinnen, deren Augen vor Freude strahlen, wenn man ihnen mit hochverständiger Miene das wohlverdiente Loth erkauft, daß ihre Suppe ausgezeichnet schmeckt. Der Andrang der „Kundschaft“ sollte ihnen denn auch keinen Zweifel darüber lassen, daß diese Meinung allgemein geteilt wird.

### Die volksfeindliche Sektsteuer.

Ohne mit der Wimper zu zucken, ohne den geringsten Vorbehalt druckt die „Kölnische Volkszeitung“ in Nr. 315 vom 11. April eine Zuschrift ab, die sich mit der Schaumweinsteuer beschäftigt und worin es heißt:

„Es ist in letzter Zeit öfters mit vollem Recht auf die ungünstige Lage der deutschen Sektindustrie hingewiesen worden, die bei jeder Gelegenheit herhalten soll, um dem Staat neue Einnahmequellen zu erschließen. Während es am Plage erscheint, in Anbetracht des Konsumrückgangs in dieser Branche die Frage einer Herabsetzung der Steuer ernstlich zu erwägen, ist — unglücklich aber wahr — im deutschen Landwirtschaftsministerium eine Resolution angenommen worden, die eine weitere Erhöhung derselben befürwortet, deren Annahme gleichbedeutend mit einem weiteren, noch schärferen Rückgang, wenn nicht Ruin dieses früher aufblühenden deutschen Industriezweiges wäre. . . . Die deutsche Sektindustrie ist demnach belastet und durch die jetzt bestehende Steuer in ihrer Aufwärtsbewegung gehemmt und ihr Geschäft erschwert, daß das Unnatürliche einer weiteren Steuererhöhung jedem Laien verständlich erscheint. Der deutsche Winzerstand, der zum Teil von derselben abhängig ist, würde ebenfalls ganz empfindlich getroffen, ferner die Arbeiter durch Produktionsbeschränkung, die Lieferanten, verschiedener Rohprodukte, so Flaschenfabriken, Korkstopfenfabriken usw., so daß vom volkswirtschaftlichen Standpunkt hier endlich ein Halt oder Zurück geboten erscheint. Besonders die deutschen Winzer, die auf Winzer-versammlungen usw. häufig auch in unerantwortlicher Weise Stellung gegen die deutsche Sektindustrie nehmen, sollten erwägen, daß die deutschen Sektfabriken nach maßgebenden Schätzungen für annähernd neun Millionen Flaschen Schaumwein

ihrer Produktion deutschen Wein verwenden. . . . Dies mögen sich agrarische und andere Kreise gesagt sein lassen, welche die Erhöhung der Sektsteuer mit als Agitationsmittel benutzen, ohne deren verderbliche Wirkungen auf die Volkswirtschaft zu erwägen, noch sich die Mühe geben, sie kennen zu lernen, ferner vor allem auch nicht derücksichtigen, daß schon nach den heutigen Steuerföhen wohl kein Produkt in Deutschland einer derartig hohen Besteuerung unterliegt, wie der deutsche Sekt. Zum Schluß noch die Tatsache, daß selbst eine weitere Erhöhung der Steuer nicht derartige Erträge dem Staate einbringen würde, daß dieselben auch nur annähernd im Verhältnis zu genannten Schätzungen der Industrie stehen würden.“

Daß du die Nase ins Gesicht behälst! Was die „Kölnische Volkszeitung“ hier ohne jeden Zusatz in ihre Spalten aufnimmt, ist die glatte Rechtfertigung sozialdemokratischer Steuerpolitik. Die Sozialdemokratie hat immer und immer wieder die scharfe Besteuerung des Reichums gefordert, sie hat aber aus volkswirtschaftlichen und sozialen Gründen jene elende Steuerpolitik befürwortet, die nur vereinzelte Luxusausgaben mit Abgaben belegt, die wirklich ergiebigen Steuerquellen dagegen nicht anbohren will. Zum Dank für diese verständige Politik haben uns gerade die Klerikalen und Beschützer des großen Portemonnaies maßlos begeistert. In tausenden Versammlungen und Zeitungsartikeln haben sie ihrer Herde das Lied von den sozialdemokratischen Freunden der reichen Sektkonsumenten vorgegröhlt. Insbesondere die Wiederwärtler des Volksvereins haben mit erschrecklichem Geistesaufwand die sozialdemokratische Vernunft demunziert. In der ersten Ausgabe der „Antworten auf sozialdemokratische Schlagwörter“, einem Nachwerk der Volksvereinszentrale, heißt es über die Sektsteuer:

„Die Sozialdemokraten wehrten sich mit allem Nachdruck sowohl gegen die Zollerhöhung (1900) als auch gegen die Einführung der Luxussteuer (1902) und zeigten wieder einmal, daß sie überall da versagen, wo es gilt, die Wohlhabenden zu härteren Steuern heranzuziehen und die Minderbemittelten zu schonen.“

Ganz ähnlich sagen sie in einer zweiten Ausgabe der „Schlagwörter“, worin die zentriemliche Steuergaunerei von 1909 verteidigt wird:

„Die Schaumweinsteuer ist eine ausgesprochene Luxussteuer, wird von den reichen Klassen getragen und erweist sich darum als eine sozial gerechte Steuer. Damit, daß die Sozialdemokratie gegen diese Steuer stimmte, zeigte sie recht deutlich, daß es ihr um eine positive Mitarbeit bei der Steuererhebung absolut nicht zu tun ist und daß sie es mit der Vertretung der Arbeiterinteressen durchaus nicht ernst nimmt.“

Nach diesem sorgsam präparierten Rezept haben dann bei den schwarzen Heerführern die Duzendagatoren gearbeitet und es so hingestellt, als ob die Sozialdemokratie sich den Schutz des Portemonnaies reicher Sekttrinker angelegen sein ließe. In Wirklichkeit hat die Sozialdemokratie gefordert, der „Luxus“ solle besteuert werden, aber solange er im Portemonnaie steckt. Wird die besondere Ausgabe form besteuert, sei es nun Sekt oder seien es Autos oder sonst etwas, dann tritt immer die Gefahr ein, daß andere Kreise, die wahrhaftig keinen Luxus entfalten können, getroffen werden. So ist es gekommen, in der „Kölnischen Volkszeitung“ wird es bestätigt. Aber unentwegt und mit eigener Stimme werden die schwarzen Steuerkünstler und Lügenbolde ihr Handwerk fortsetzen.

### Schutz den Steuerhinterziehern.

Die Erhebung des Wehrbeitrags setzt eine das ganze Reich umfassende Veranlagung der Vermögenden voraus. Daß in den einzelnen Staaten bedeutende Teile des Vermögens der Besteuerung hinterzogen werden, ist eine bekannte Tatsache, die ihre Bestätigung auch darin findet, daß in dem Entwurf über den Wehrbeitrag ausdrücklich Strafflosigkeit zugesichert wird für die jeither hinterzogenen Steuerbeträge, wenn nur der Steuerhinterzieher jetzt sein Vermögen richtig angibt. In den letzten Wochen sind große Kapitalien in das Ausland gewandert, um dort zinsbringend angelegt und der Erfassung durch den deutschen Wehrbeitrag entzogen zu werden. Das hat zu dem Gedanken geführt, den privaten Geldinstituten eine Auskunftspflicht aufzuerlegen über alle Transaktionen, die sie in den letzten Monaten vorgenommen haben. In kapitalistischen Kreisen hat dieser Vorschlag Angst und Schrecken hervorgerufen. Die „Post“, ausgerichtet das Organ jener Kapitalisten, die das meiste an der Wehrvorlage verdienen, behauptet nun, in der Lage zu sein, versichern zu können, daß diese Befürchtungen total unbegründet sind. Die Bestimmungen des Gesetzes enthielten eine solche Auskunftspflicht nicht, und es sei ausgeschlossen, daß etwa Ausführungsbestimmungen des Bundesrats eine derartige Vorschrift enthalten könnten. Das Blatt fährt fort:

„Ein solches Verfahren kann nicht durch Ausführungsbestimmungen geregelt werden, sondern bedürfte einer gesetzlichen Festlegung, die aber nicht vorgelegen ist. Bankwelt und Kundschaft haben demnach in dieser Hinsicht keinerlei Anlaß zu Besorgnissen. Es ist auch nicht anzunehmen, daß etwa im Reichstage Neigung besteht, in dieser Hinsicht ver-

Seite 8. Ende! rum Tol. 1938. lustige Bühne Schwänke. Erfolg! ruder ruder. Akten. 422. hrungen! ntes tes ter igeas zu ersteller u. n. orten eutsche in der von terlein. chiksal. Akten. Monats. kanische siegt en besten Schauristen. alität! chkeiten. es Königs schenland gewählte n. 434. Blüchhof, Schreib- ppurrs. 10, 7. erer cht mer rn- 198. 8. erer filialen. möglichst in Stadt, wird d. Mädchen läteres bei 57, 8. St. L. Post sowie edernbett, umlanden rkaufen. 52. 1. 25.



Schärfende Bestimmungen über die Vermögenserklärung zu erlassen, die etwa nach dem Muster, der für Preußen gültigen Vorschriften für die Einkommen- und Ergänzungsteuer erfolgen soll.

Soll das vorhandene Vermögen auch in seinem ganzen Umfange zum Mehrbeitrag herangezogen werden können, dann ist es allerdings Pflicht der Regierung, eine Auskunftsfrist der Banken herbeizuführen. Die „beruhigenden“ Versicherungen der „Post“ können nur den einen Zweck haben, die Steuerhinterzieher zu beruhigen und ihnen die Versicherung zu geben, daß sie auch weiterhin den Staat nach allen Regeln der Kunst betrügen können. Auf die Opferwilligkeit kapitalistischer Kreise wirkt dies allerdings ein bezeichnendes Licht. Wenn sie wirklich so opferwillig sind, wie in ihrer Presse immer berichtet wird, dann dürften sie nichts dagegen einzuwenden haben, wenn den Banken eine Auskunftsfrist auferlegt wird, sie sollten um so weniger dagegen einzuwenden haben, als ihnen wegen der bisherigen Steuerhinterziehungen ausdrücklich im Gesetz Straffreiheit zugesichert ist. In Wirklichkeit besteht aber die Absicht, neben dem Staat jetzt auch das Reich kräftig zu bemogeln.

Deutsche Politik.

Der Handel. Eine Milliarde einmal und die Zinsen von fünf Milliarden dauernd bewilligt das Zentrum aus nationalem Interesse für die Jesuiten.

Diese von der Zentrumspresse bisher bestrittene Tatsache hat einer der eifrigsten Zentrumsanhänger, der bayerische Landtagsabgeordnete Frhr. v. Freyberg, in einer am Sonntag den 13. April in Corthofen im Odenwald gehaltenen Zentrumsvorlesung offen bekundet. Er beleuchtete nach einem Bericht des „Bay. Kurier“ (Nr. 106 vom 16. April 1913) die neue Verbräutigungs- und ihre Deckung und sagte:

„Es soll angenommen werden, was als unvermeidlich und ungeschicklich nachgewiesen ist, doch sollen die geforderten Mehrausgaben herabgesetzt werden, soweit dies geschehen kann, ohne den Hauptzweck der Vorlage zu gefährden. Bezüglich der Deckungsfrage vertritt das Zentrum nach wie vor das Prinzip, keine Mehrausgaben zu bewilligen, ohne gleichzeitig auch für deren Deckung zu sorgen. Schließlich muß nachgewiesen werden, daß der geforderte Betrag auf keinem anderen Wege aufzubringen ist, als auf dem von der Reichsregierung vorgeschlagenen. Wenn sich ja das Zentrum wieder als national gesinnte Partei bewährt, dann hofft es auch, daß die Reichsregierung Rücksicht nimmt auf seine Wünsche.“

Na also! Der Diamantenlegende in Deutsch-Südwestafrika. Die „Deutsche Kolonialzeitung“ teilt mit, daß auf den Diamantfeldern von Deutsch-Südwestafrika im vierten Vierteljahr 1912 76 908 Gramm Diamanten gewonnen wurden. Die Förderung des dritten Vierteljahres betrug 49 600 Gramm. Im zweiten Halbjahr 1912 sind demnach insgesamt 126 412 Gramm gefördert worden, gegen 76 419 Gramm im gleichen Halbjahr 1911.

Ausland.

Amerika. Die Macht der Milliarden. Sturmzeichen. Ueber die Stellung des verstorbenen Morgan, des Kaisers unter den Geldmonarchen, schreibt die „New Yorker Volkszeitung“: „Die Untersuchung des Fuzjo-Komitees hat genügend festgestellt, daß nach niemand in der Weltgeschichte eine so ungeheure Geldmacht in der Hand eines Mannes vereinigt war. Seine Bank allein kammardierte ein Kapital von mehr als 10 000 Millionen Dollar. Zusammen mit seinen verbündeten Finanzfreunden, die 180 Mann, sich in die Direktorate aller von ihnen beherrschten Finanz- und Industriegesellschaften, beherrschte Morgan 116 große Industrie- und Verkehrskorporationen. Darunter befinden sich 41 Banken, 11 Versicherungsgesellschaften — unter ihnen die größten der Welt —, 31 Eisenbahngesellschaften und 28 industrielle Unternehmungen, darunter der Stahltrust, Juckertrust, Tabaktrust, der Wolletrust. Das Gesamtkapital dieser Korporationen, das von den 180 Direktoren beherrscht wird, die wiederum der leitenden Hand Morgans folgten, beträgt 25 826 Millionen Dollar. (106,3 Milliarden Mark). Der Nationalreichtum der Vereinigten Staaten wird auf rund 126 Milliarden Dollar berechnet. Mehr als ein Fünftel des gesamten Reichtums unseres Landes wird also geleitet und beherrscht von

180 Personen, die wieder von J. P. Morgan geleitet und beherrscht wurden. Was ist der Wechsel in der Präsidentschaft der Vereinigten Staaten gegen den Wechsel in der Leitung des Geldtrustes? Hier sieht man, wer die Herrschaft der Welt in Händen hat! — Dabei steht neben dem Morgantrust der Rockefeller-Trust, der die Petroleumproduktion und vieles andere beherrscht und nicht allzu sehr hinter jenem zurückstehen wird. Daneben die übrigen Kapitalmagnaten, die Erben der Vanderbilt, Astor, Harriman, Maday, Gould, Steiwart usw. So ist sicher die Herrschaft über weit mehr als die Hälfte des Reichtums des ersten kapitalistischen Landes der Welt in den Händen weniger hundert Familien konzentriert, die ihre Macht noch weit über Süd- und Mittelamerika und viele andere Teile der Welt ausdehnen. Der alte Feudalismus ist ein Rüdenkraut neben diesem Riesenbaume, der selbst die großen Despoten des grauen Altertums weit in den Schatten stellt.

Wie diese Uebermacht der Mammonarchen und der Gebrauch, den sie davon machen, selbst in den Kreisen maßgebender bürgerlicher Politiker empfunden und als unerträglich erkannt wird, davon gibt eine Rede des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, Marshall, die dieser Tage gehalten wurde, Kunde. Wie dem „Verl. Tageblatt“ berichtet wird, erklärte Marshall, die Handlungsweise reicher Männer habe eine große Anzahl von Arbeitern zur Folge gehabt. Falls sie ihr Verhalten gegen Staat und Gesellschaft nicht ändern, könne eine Aenderung des Verhältnisses, das nur ein vom Staate gewährtes Privileg sei, erfolgen, die die Reichenvermögen dem Staate zuwenden würde. Viele Reichenvermögen seien nach Ansicht des Volkes durch Privilegien — vor allem prohibitive Schutzzölle — Kapitalvermehrung und Börsenspekulation, Korruption der Parlamente u. dergleichen erworben worden. — Man braucht die praktische Tragweite dieser Worte, die sogar auf die Gefahr eines Vorstoßes der Reichsregierung gegen die Besitzenden hinweisen, nicht zu überschätzen. Immerhin zeigen sie, wie tief die sozialistische Kritik und ein Teil der sozialistischen Forderungen bereits in den Kreisen herabragender und zweifellos sehr „ordnungsfründlicher“ Politiker Boden gefunden haben. Nebenbei: Wie leben sich doch Putz und Lack dieses demokratischen Staatsmannes bei der Unterdrückung ab, mit der unterer Minister dem heimischen Reichenkapitalismus, der in Urtropfen und Wirkung mit dem amerikanischen viel Ähnlichkeit hat, zu begegnen pflegen!

Badische Politik.

Reichstagswahl in Sicht.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit der Wahl des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Köllch der im 7. badischen Kreis Nechl-Offenburg gewählt wurde. Die Weisenerhebungen haben in mehreren Fällen die Protestpunkte bestätigt. Dadurch ist Köllch's Wahl noch mehr erschüttert worden; es mußte ihm noch eine ganze Anzahl Stimmen abgezogen werden. Die Wahl ist gestern mit 8 gegen 4 Stimmen für ungültig erklärt worden.

Landtagskandidatur.

In einer Vertrauensmännerversammlung der Zentrumspartei wurde als Kandidat im 34. Landtagswahlkreis (Mühl-Baden) Revisor Köhler bei der Zoll- und Steuerverwaltung in Karlsruhe aufgestellt. Der bisherige Abgeordnete Postdirektor Schmundt (Zentr.) kandidiert aus Gesundheitsrücksichten nicht mehr. Der Kreis ist eine sichere Zentrumsdomäne.

Das sollte zu denken geben.

Während fast alle akademisch gebildeten Berufsarten des Großherzogtums Baden einen geradezu beängstigenden Ueberfluß an Anwärtern aufzuweisen haben, herrscht in der evangelischen Landeskirche Badens gegenwärtig ein fühlbarer Mangel an verfügbaren zuständigen Geistlichen. Zu der letzte Woche abgehaltenen theologischen Hauptprüfung hatten sich 11 Kandidaten eingeschrieben, die alle für bestanden erklärt wurden. An der vorausgehenden theologischen Vorprüfung beteiligten sich nur 6 Kandidaten, sodas im nächsten Jahre die Zahl derer, die sich der Hauptprüfung unterziehen, also etwa nur die Hälfte der bisherigen Zahl ausmacht. Da zudem neue Stellen für unfähige Geistliche geschaffen werden mußten, wird es wohl einige Jahre dauern, bis in der badischen Landeskirche der Mangel an verfügbaren Kräften überbunden sein wird.

Den maßgebenden Faktoren der evangelischen Landeskirche sollte diese Tatsache zu denken geben. Es ist kein Zufall, daß die Zahl der Theologiestudierenden immer mehr zurückgeht, trotzdem fast alle übrigen akademischen Berufe stark überfüllt sind.

Eine neue badische Staatsanleihe.

Zu dem Eisenbahnbau 1912/13 im Staatsvoranschlag ist eine Anleihe von 70 Millionen Mark vorgesehen. Hieron war bis jetzt noch nichts ausgegeben worden. Nunmehr hat aber das Finanzministerium an ein Konsortium von Frankfurter, Karlsruher und Mannheimer Bankhäusern eine 4prozentige Anleihe von 28 Millionen, die bis 1930 unkündbar ist, abgegeben. Dieses Konsortium wird die Einführung der neuen Anleihe an der Frankfurter und Berliner Börse zum Kurse von 97,80 übernehmen. Bei den heutigen Geldmarktverhältnissen scheint dieser Kurs recht annehmbar zu sein, namentlich, wenn man berücksichtigt, daß die dieser Lage von der Stadt Karlsruhe ausgegebene 4prozentige städtische Anleihe von 7 Millionen zu einem Kurs von nur 94,70 hat untergebracht werden können.

Die Einnahmen der badischen Staatseisenbahnen steigen immer noch.

Die gesch. Einnahmen aus dem Personenverkehr war im März 1913 um 506 000 Mk. und in den Monaten Januar bis März 1913 um 731 000 Mk. höher als in den entsprechenden Zeiträumen des Jahres 1912. — Der Güterverkehr war stark, namentlich der Durchgangsverkehr nach der Schweiz. Da mit dem 1. April erhöhte Kohlenpreise in Kraft getreten sind, war der Verkehr mit Steinkohlen sehr bedeutend. Die Schiffahrt auf dem Rhein war bis Rehl-Strasbourg ständig offen, ebenso die Redarschiffahrt. Die Zahl der ausgeführten Ergänzung- und Sondergüterzüge war groß. Der Stand an gedeckten Güterwagen war knapp. Offene Güterwagen konnten vollständig gestellt werden, doch war auch hier der Stand knapp. Die gesch. Einnahme aus dem Güterverkehr war im März 1913 um 27 000 Mk. und in den Monaten Januar bis März 1913 um 1 036 000 Mark höher als in den entsprechenden Zeiträumen des Vorjahres.

Im ganzen beträgt die geschätzte Mehreinnahme in den ersten drei Monaten 2 071 000 Mk. mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Genossenschaftsbewegung.

„Millionenvereine“. Während im Jahre 1906 der Zentralverband deutscher Konsumvereine 48 Vereine zählte, deren Umsatz 1 Million Mark und darüber betrug, waren es 1912 bereits 77, nämlich: München-Gondling, Nürnberg-Fürth, Würzburg, Augsburg, Berlin, Stehlin, Neu-Salzbrunn, Wuppertal, Sagan, Rudolfsburg, Königsberg, Langenbielau, Magdeburg-Neustadt, Halle (Saale), Braunschweig, Kassel, Dessau, Hamburg („Produktion“), Hamburg („Neue Gesellschaft von 1866“), Bielefeld, Bremerhaven, Kiel, Oldenburg, Hildesheim, Mühlhausen, Hannover, Bremen, Lübeck, Flensburg, Herford, Erfurt, Essen, Köln, Barmen, Elberfeld, Dortmund, Düsseldorf, Aachen, Bochum, Rheinfelden, Osnabrück, Bielefeld, Leipzig-Blagowitz, Dresden, Chemnitz, Dresden-Lößnitz, Bismarck-Schöneberg, Dresden-Bieschen, Plauen, Meissen, Dresden-Streitsch, Niederfeld, Limbach, Aue, Weizener, Krümmelsdorf, Frankfurt (Main), Mannheim, Mainz, Mühlhausen (Hsch), Stropach (Hsch), Ludwigsfelde, Wiesbaden, Altenburg, Gera-Deichwitz, Meuselwitz, Jena, Götting, Bodenmühl, Eilenach, Apolda, Stuttgart, Spingen, Gmund, Camstatt und Tuttlängen.

Außer diesen hier aufgeführten Vereinen sind Millionenvereine, die dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angehören, gibt es noch zwei Millionenvereine, die sich zum Westdeutschen Verband zählen (Altenessen und Mühlheim, Rhein), und 9 Konsumvereine, dem Allgemeinen Verband angehörend, nämlich: Götting, Jernlohn, Halle (Saale), Bielefeld, Rodgitz, Karlsruhe, München, Forstheim, Ulm. Die größten Vereine sind Leipzig-Blagowitz mit 23 983 218 Mk., der alte Breslau mit 22 788 720 Mk. und Hamburg, „Produktion“, mit 21 710 679 Mk. Umsatz. Ihnen wird sich ebenbürtig der „Vorwärts“ (Dresden) anreihen, der sich inzwischen eine Anzahl größerer und kleinerer Vereine einverleibt hat.

Der Baldamus und seine Streiche

Von Oskar Wöhrle.

19 (Nachdr. verb.) (Fortsetzung.)

So unflätig die Regionsoldaten in ihren Redensarten und Aeußerungen sind, körperliche Sauberkeit kann man ihnen nicht absprechen. Im Aussehen hält jeder etwas auf sich. Keimliche Drillkleider sind der Stolz eines jeden, dafür bringt er sogar seiner Faulheit ein Opfer und wäscht täglich, wenns sein muß. Manche Regionäre sind vermöglic und bekommen jeden Monat Geld geschickt von daheim. Gar viele stammen aus den sozial besser gestellten Schichten. Mander sitzt hier über französischen Suppen, der ehemals Student, Arzt, Professor oder noch mehr war. Wir hatten in der Kompagnie sogar zwei ehemalige Mönche. Aber auch das Gegenstück fehlt nicht: Wisagen, denen man den geborenen Verbrecher schon von weitem ansieht.

Der Regionär kennt nur wenige Bedürfnisse. Solange er Tabak hat zum Schiden und zum Rauchen, ist gut Wetter bei ihm. Nach Weibern fragen die wenigsten, sie scheuen die Krankheiten, die sie sich holen könnten. Die Mehrzahl hängt sich an ihr\*gleichen oder an Araberbuben und Skatunblättern. Wenn einer jung ist und ein glattes Gesicht hat, macht er „sein Glück“. Er findet bald einen liebevollen Vorgefetzten, der sich seiner annimmt. So erzählten die älteren Regionäre, unser Feldwebel stünde jetzt noch mit dem Kapitän gut. Doch kann das auch erlogen gewesen sein, Lügen und Uebertreibungen sind nirgends heimischer als in der Region. So geht noch heute das Märlein um, ein preussischer Prinz habe in der Region gedient, sei gefallen und von einem deutschen Kriegsschiff in die Heimat gebracht worden.

Der Regionär ist ein guter Kamerad, besonders in Augenblicken der Gefahr oder wenn es gilt, gegen verhasste Borrechte aufzustehen. Das gemeinschaftliche

Gland fittet besser als Blut. Nur zwischen Mein und Dein kann er nicht unterscheiden, er stiehlt wie eine Elster.

Unser unerschrockenes Verhalten am 14. Juli war dem Kapitän gemeldet worden. Dieser gab die Meldung weiter. Der Mühlhauser wurde zum Caporal ernannt. Das freute ihn, nun konnte er sich etwas gönnen. Ich wurde zum Soldaten erster Klasse vorge schlagen, d. h. zum Befreiten. Aber es kam nicht so weit.

Dribben im Marokkanischen garte es seit langem. Die Meldungen lauteten immer gefahrlich. Als die Befehle einiger Forts im Süden nach der Grenze marschieren, wußten wir, daß es galt. Der Mühlhauser streichelte sein Gewehr wie ein Mädchen und sagte: „Salt dich gut, du bekommst bald Arbeit!“ Die Alten hochten stundenlang über Karten und schmiedeten Pläne, wo es wohl am ehesten losgehen würde. Bei einem Kleiderappell fragte der Hauptmann nach Freiwilligen. Keiner blieb im Liek, alle traten vor. Er hatte eine große Freude und sagte, den Tag werde er uns nicht vergessen. Von der Stunde ab bekamen wir Kriegslöhnung, vier Sous im Tag und waren die meiste Zeit betrunken.

Am nächsten Sonntag nachmittag gabs keinen Ausgang. Alle sagten, das bedeutet etwas. Die Kantine war überfüllt, die Kantiniere hatte alle Hände voll zu tun. Ein alter Regionäre stieß ein paar Weingläschen um, sprang auf den Tisch und hielt eine Rede. Wiltendorin kam der Bataillons-schreiber gerannt und brüllte aus vollem Hals: „Wir marschieren! Wir marschieren!“ Da war kein Halten mehr. Die Marschallaise wurde gesungen, der Regionsmarsch gepfiffen, alle waren besoffen von dem einen Gedanken: Wir marschieren! Wir marschieren! Der Mühlhauser gerrie mich hinaus mit Gewalt fast und sagte: „Kamerad, wenn du wem zu schreiben hast, so tu's. Die Geschichte kriegt einen ersten Mund.“ Die ganze Nacht war ein Gejohle, Lärmen und Singen. Viele erbrachen sich, es ging zu wie bei den Verdammten. Ich machte meine Sachen bereit. Um zwei Uhr morgens blies es Generalmarsch. Eine halbe Stunde später marschierten drei Kompagnien zur Stadt

hinaus, unsere voran, gleich nach der Musik, die die lustigsten Vieder spielte. Vor der Stadt kehrte sie um und ging zurück. Wir aber marschierten in das schweigende Land. Hart und scharf blüsten sich unsere Schritte vom Pflaster, Klack-Klack. Der Gaul des Hauptmanns warf den Kopf auf und wieherte.

Gegen Tag machten wir die erste Kampfpause; die Kompagnien folgten sich in großen Abständen. Die Kampfformung vom vorigen Abend war bald verschwand; je höher die Sonne stieg, desto tiefer sanken die Schängel, desto unregelmäßiger wurden die Schritte. Wir kamen an Weinfeldern vorbei, die abgeerntet wurden. Große Wänter standen am Weg mit eingestampften Trauben. Wir hatten Durst und schöpften den süßen Saft mit unseren Käppi und tranken in langen Zügen. Den Kapitän ließen wir schimpfen wie er wollte. Erst als er den Degen aus der Scheide wirbelte, hörten wir auf und setzten den Marsch fort. Aber die Unzufriedenheit lag in unseren Reihen, säwertte jeden Schritt und grub Verwünschungen aus den Herzen.

Morgens um zehn Uhr kam der Befehl zum Lagern; wir schwenkten von der Straße ab, einem kleinen Hügel zu. Der Kapitän stellte Wachen aus. Wir anderen setzten pyramidenweise die Gewehre zusammen. O, wie sich die Brust aufstaut und Luft holte, als der dröhnende Tornister am Boden lag. Zum Verweilen und Ausruhen gabs vorerst keine Zeit. Die Unteroffiziere teilten die Leute ihrer Kompagnien ein. Der Mühlhauser schickte mich mit einem Boladen auf die Holzjuche. Es war schwer, etwas zu finden. Nach zwei Stunden erst kehrte jeder mit einem Arm voll brennbarem Zeug zurück. Während dieser Zeit hatten die anderen die Zelte aufgeschlagen und mit kleinen Gräben umzogen, sodas das Wasser bequem ablaufen konnte, falls es regnen sollte. Auch Kochlöcher waren gegraben, in manchen brannten schon Feuer. Der Mühlhauser murkte, weil wir so spät kamen. Bald hatten wir unsern Topf aufgesetzt, eine Stunde später hieß es, das Essen ist fertig. Es war freilich sehr bescheiden, eine Wasseruppe mit zwei Erbswürsten pro Mann. Nachher wurden die Wachen verteilt. Da es mich nicht traf, froch ich ins Zelt. Den Tag



Deutscher Reichstag.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 05 Minuten. Am Bundesratsstisch sind Kommissare erschienen. Die zweite Beratung für den Reichstanzler und die Reichstanzlei wird fortgesetzt. Zunächst wird über die sozialdemokratische Resolution betreffend die Reform des Reichstagswahlrechts abgehandelt. Bei der Abstimmung hatte sich gestern die Beschlussfähigkeit des Hauses ergeben. Auch heute ist das Ergebnis zweifelhaft. Es muß abermals Sammelstimmung erfolgen. Es stimmen dafür 139, dagegen 140 Abgeordnete. Die Resolution ist somit abgelehnt. (Große Heiterkeit.) Die Resolution der Fortschrittlichen Volkspartei auf Schaffung von Beamtenauschüssen in den Reichsbetrieben wird angenommen. Damit erledigt sich die Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung. Angenommen wird ferner eine Resolution der Fortsch. Vp. auf Aenderung des Disziplinverfahrens gegen Beamte. Der Rest des Etats des Reichstanzlers und der Reichstanzlei wird ohne Debatte erledigt. Es folgen Wahlprüfungen.

Hg. Graf Westarp (Deutsch-Kons.) beantragt die Absetzung des Gegenstandes von der Tagesordnung. Es sei wünschenswert, alle spruchreifen Wahlen zusammenzunehmen. Nach Erörterung wird über den Antrag abgestimmt. Da das Ergebnis zweifelhaft bleibt, muß Sammelstimmung erfolgen. Für den Antrag stimmen 137 gegen ihn 163 Abgeordnete. Der Antrag ist somit abgelehnt.

Bei der Wahl des Hg. Vietmayer (W. Vg.) beantragt die Wahlprüfungskommission, Bescheidungen zu veranlassen. Dagegen beantragt die Fortschrittliche Volkspartei Ungültigkeitserklärung der Wahl. Nach längerer Debatte wurde die Wahl für ungültig erklärt. Bei der Wahl des Hg. v. Kröcher (Kons.) beantragt die Kommission Ungültigkeitserklärung, während die Konservativen Zurückweisung an die Kommission beantragen. Nach längerer Erörterung wird die Wahl für ungültig erklärt.

Es folgt die zweite Beratung des Militär-Etats.

Die Kommission beantragt hierzu mehrere Resolutionen. Diese betreffen:

- 1. Die Vorlage einer Statistik über die Beförderung der Einjährig-Freiwilligen zu Reserveoffizieren unter Berücksichtigung der Konfessionen.
2. Das Verlangen, den in Betracht kommenden Fürsten und Prinzen als Anschauung des Reichstags zum Ausdruck zu bringen, daß bei der jetzigen ungenügenden Löhnervermehrung ein Verzicht auf zahlreiche Adjutantenstellen dringend gewünscht werden müsse.
3. Die Antragnahme der Vorbereitungen zu einer entsprechenden Verminderung der Zahl der persönlichen Adjutanten. Die Duellfrage soll in einer besonderen Kommission beraten werden.

Hg. Schöpslin (Soz.):

Zu dem Militär-Etat kommt jedes Jahr immer eine kleine Militär-Vorlage. Dafür werden alle Reformwünsche des Reichstags abgelehnt. Die Duellfrage ist dafür ein Weg, ein zweites die Ablehnung der Juden als Reserveoffiziere. Für uns kommt nicht das Bourgeois-Interesse in Frage, sondern die militärische Fähigkeit. Man sagt, die Juden seien keine militärische Erscheinung, aber das gilt auch vielfach von anderen Militärgenossen. Man behauptet auch, daß die jüdischen Arbeiter der jüdischen Arbeiter nicht genügen. Es ist mir auffallend, daß diese Erscheinung in Preußen ausnahmslos seit den 80er Jahren zu bemerken ist. Diese Zurückweisung wird auch geübt gegen andere Bevölkerungsklassen. Es liegt System darin. Man will die Reserveoffiziere auf bestimmte soziale Klassen beschränken. In Sachen hat der Oberleutnant v. d. alle Volksschullehrer im Glauben durchfallen lassen mit der Motivierung, daß die Volksschullehrer seinen Vater, der zufällig als Kultusminister in Differenzen mit den Lehrern lebte, zu sehr ärgerten. Sehr lebhaft sind die Klagen über Mangel an Sanitäts-Offizieren. Das liegt zum Teil an der Zurückweisung der Sanitäts-Offiziere durch die Frontoffiziere. Der schlagfertige Oberst in Zweibrücken, der einen Mediziner ohrfeigte, ist viel zu milde bestraft worden. Wir hoffen, daß solche Fälle nicht wieder vorkommen. Die Beleidigung von Mannschaften bei den Kontrollversammlungen haben sich in letzter Zeit sehr gehäuft, dagegen muß vorgegangen werden. Die Bezirksoffiziere müssen sich in Parteilichkeiten hinein. Das geht die Offiziere nicht an. Der Redner führt Beispiele von Beschimpfungen der sozialdemokratischen Partei an, die sich Kontrolloffiziere zu Schulden kommen lassen. Gegen die politische Betätigung der Kriegervereine müssen wir energisch protestieren, ebenso gegen die Fälle von Militärverbot und Militärterroris-mus. Der Mittelstand wird durch solche Maßregeln, die sich gegen die Sozialdemokratie richten, viel mehr geschädigt als diese. Die sozialdemokratischen Lokale können keine Militär-musik-Konzerte veranstalten nach dem alten Regent des württembergischen Militär-Bevollmächtigten: "Wenn Sie den Etat ablehnen, dann können Sie auch keine Regimentskapellen bekommen." Wir haben Fälle erlebt, wo Soldaten bei Streiks verhaftet wurden. Zu unserer Freude hat der Herr Kriegsminister in der Kommission erklärt, daß solche Fälle nicht seine Billigung fanden. Ich habe im vorigen Jahre über Ausschreitungen der Offiziere eines Trainbataillons geklagt. Nach angelegten Untersuchungen hat sich er-

geben, daß ich falsch unterrichtet gewesen bin. Die Ausschreitungen sind nicht vorgekommen. Gegen Soldaten-miß-handlungen muß mit der größten Strenge vorgegangen werden. Die Zahl der Mißhandlungen scheint im allgemeinen abgenommen zu haben, aber die Schwere der Einzelfälle hat zugenommen. Der Redner führt Fälle schwerer Mißhandlungen an. Nicht nur Unteroffiziere, sondern auch Offiziere lassen sich zu Beschimpfungen und Mißhandlungen hinreißen. Wir wollen nicht mit unserer Kritik die Armeekorps vor dem Auslande herabschleppen, wir wollen zu ihrer Entwidlung beitragen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Abt (Fortfchr. Vp.): Wir bekämpfen die Soldaten-miß-handlungen unter allen Umständen. Die Beeinflussung der Reserveoffiziere in der Ausübung ihres bürgerlichen Rechts, wie dies in dem Rheinischer Fall besonders scharf hervortritt, mißbilligen wir. Wir verlangen, daß die Militärgerichtsverhandlungen über Soldaten-miß-handlungen in voller Öffentlichkeit stattfinden. Ferner wiederholen wir unsere Forderung, daß auch jüdische Offiziersaspiranten zu Reserve-offizieren befördert werden. Wir müssen darauf hinarbeiten, daß unser Heer ein Volksherr wird.

Kriegsminister v. Seebering: Zu der Anfrage über meine Stellung zu der politischen Betätigung der Offiziere des Bundesdienstes verweise ich auf eine Äußerung meines Vorgängers vom Jahre 1900, in der es u. a. heißt: Der Landwehr- und der Reserveoffizier muß freiheitlich im politischen Handeln haben und ich weise jede Verfolgung eines solchen Offiziers wegen seiner politischen Betätigung innerlich als staatsverleumdend zurück. Eine Grenze gibt es und das ist die Sozialdemokratie. Eine Betätigung zu ihren Gunsten darf nicht stattfinden; das ist der Grund, auf dem ich auch heute noch stehe. Eine nationale Armee, die auf nationaler Grundlage steht, kann keinen Führer dulden, der sich anti-national betätigt. (Bravo rechts, Unruhe bei den Soz.) Bestimmungsschnäufelchen betreiben wir aber nicht.

Ueber den Fall des Amtsrichters Knittel kann ich mich nicht ausführlich aussprechen, da noch kein rechtskräftiges Urteil vorliegt. Nur das er e will ich bemerken: Die Ueberführung einiger Reserveoffiziere zur Landwehr wird niemals als Strafe oder als Maßregelung aber aus Grund seiner politischen Einstellung erfolgen. Wenn dies trotzdem geschehen ist, so sind die engen Beziehungen zu berücksichtigen, die ein Reserveoffizier mit den aktiven Offizieren hat. Dadurch können unter Umständen leicht Reibungen innerhalb des Offiziers-korps stattfinden, oder die Politik könnte in die Armeekorps werden, und das wollen wir vermeiden.

Den fürstlichen Herren den Verzicht auf die Adjutanten nahe zu legen, halte ich nicht für angebracht; sie haben schon auf viele Rechte verzichtet und Opfer gebracht. Höchstens im Sanitätskorps sind nicht zu leugnen. Die Gesundheitsgefährdung ist aber nicht gefährdet. Die Mißhandlungen bedauern ich außerordentlich. Solche Fälle sollten mir mitgeteilt werden. Kriegervereine gehören nicht zu meinem Ressort. Solche Verbote werden nur ausgesprochen, wenn die Disziplin der Mannschaften es verlangt.

Württembergischer Generalmajor v. Gravenitz: Zu dem Hg. Abt habe ich zu bemerken, daß Soldaten jede Betätigung an sozialdemokratischen Veranstaltungen verboten ist.

Nach einer weiteren Bemerkung des fürstlichen General-majors v. Leufert und Weidorf erklärt Köppl (Soz.), das religiöse Empfinden der katholischen Pfaffen polnischer Nationalität werde von den Vorposten nicht genügend berücksichtigt.

Hg. Nimm (Wirtsch. Vg.) spricht sich gegen die Zulassung jüdischer Offiziersaspiranten aus. Die Wahl muß den Offizieren überlassen bleiben.

Darauf wird die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr vertagt. Schluß 1/2 1/2 Uhr.

Gerichtszeitung.

Schwurgericht.

§ Karlsruhe, 16. April.

4. Sittlichkeitsverbrechen und Mord.

(Schluß.)

Bei seinem Verhöre gab der Angeklagte zunächst Auskunft über seine persönlichen Verhältnisse. Er mußte einräumen, daß er kein Freund der Arbeit war. Schullehre bildete einen Teil seiner Vergnügungen. Der Angeklagte, der keine Angaben stichweise und in abgebrochener Rede machte, mußte ferner zugeben, daß der Fabrikant, bei dem er seine Lehre durchgemacht hatte, ihn als Arbeiter nicht behielt, weil er der Ansicht war, er (Kleile) sei ein Wummler. In Zukunft arbeitete der Ange-schuldigte auch nur noch selten. Er gab sich dem Müßiggang hin, der ihm Zeit genug ließ, seiner Leidenschaft, dem Zigaretten-rauchen, zu fröhnen. Bei dem Nichtstun verfiel Kleile auf allerlei Gedanken. Er dachte u. a. auch darüber nach, wie er seine gesellschaftlichen Neigungen betätigen könne. So kam er auf Dinge, die zunächst zu den sittlichen Verfehlungen mit dem Volksschüler führten und den ersten Teil der heutigen Anklage bildeten. Kleile wollte aber auch noch in anderer Weise seinen Gelüsten Rechnung tragen. Er faßte den verbrecherischen Plan, sich an einem kleinen Mädchen zu vergehen. Er muß allem Anschein nach schon von vornherein die Absicht gehabt haben, das Opfer seiner geplanten Tat zu töten. Etwas spricht ein ganz besonderer Vorfall. Etwa 10 Tage vor dem von ihm an der Stab begangenen Verbrechen hatte der Angeklagte einen Schnauzerhund nach Hause gelockt und dort das Tier erwürgt. In der Voruntersuchung hatte Kleile seine Handlungsweise da-

mit erklärt, daß er mit dem Hund einen Versuch machen wollte, um zu sehen, ob er auch ein kleines Mädchen auf die gleiche Weise töten könne. Er hatte auch eine Katze erwürgt, zweifellos aus gleichen Verwurfsgründen.

Der Angeklagte konnte nicht bestreiten, solche Aussagen gemacht zu haben, heute wurde von ihm aber behauptet, daß er den Gedanken, die Stabs zu erwürgen, erst gefaßt habe, als das Mädchen zu schreien anfing und er befürchten mußte, daß die Leute im Hause und die um jene Zeit mit dem Lokalzug ankommenden und am Hause vorübergehenden Personen die Ausrufe hören würden. Im Widerspruch zu dieser Aussage des Angeklagten steht noch eine weitere Angabe desselben in der Voruntersuchung, die dahin ging, daß sein Hauptgedanke darin gerichtet war, an dem Mädchen ein Sittlichkeitsverbrechen zu verüben, daß er aber auch gedacht habe, er müsse das Kind töten und beseitigen, damit dasselbe ihn nicht verrate. Von dem von ihm begangenen Verbrechen und von der Beseitigung der Leiche gab der Angeklagte ohne ein Zeichen der Aufregung und ohne eine Spur der Reue eine genaue Schilderung der Einzelheiten. Auf die Frage des Präsidenten, wie er als 19 Jahre alter, bisher unbefragter Mensch zu einer solch furchtbaren Tat gekommen sei, blieb der Angeklagte die Antwort schuldig. Die andere Frage des Präsidenten, ob es ihm denn nicht getauft habe, als er mit dem Tranchiermesser der Leiche die Haare am Knie abschneidete, um sie in den Sad zu legen, beantwortete Kleile dahin: "Mir wäre auch lieber gewesen, wenn es anders gegangen wäre". Nachdem er das Kind erdrosselt, holte der Angeklagte ein Licht aus der Küche, um zu sehen, ob sein Opfer tot sei. Nach der Tat bemerkte Kleile alle Spuren, die sie hinterlassen hatte. In den Kleidern der Stab fand er ein kleines Portemonnaie mit 10 Pf. Inhalt. Von diesem Gelde kaufte er sich anderen Tages Zigaretten. Wie das Verbrechen des Angeklagten entdeckt wurde, ist schon geschildert worden. Die Mutter des Kleile war die erste die Verdacht gegen ihren Sohn schöpfte. Sie fand Blutspuren in dem Schlafzimmer ihres Sohnes Gustav und unter dessen Bett ein Zapsband, wie es Kinder im Alter der ermordeten Stab zu tragen pflegen. Trotz aller Voricht bei der Beseitigung der Spuren des Verbrechens hatte der Angeklagte das Band übersehen. Es wurde ihm zum Verriäter. In ihrer Gewissensnot wendete sich die Mutter des Angeklagten an den Pfarrer Christ, der sich zu der Familie Stab begab und dann, nachdem feststand, daß das Band ihrem Kinde gehörte, Anzeige erstattete.

Bei seiner Einvernahme und während des Reagenverhörs beharrte der Angeklagte eine große Ruhe, die an völlige Gleichgültigkeit grenzte. Nach seinem Benehmen hätte man glauben können, daß die schwere Anklage, die sich gegen ihn richtete, seine Person gar nichts angehe. Diese Apathie hatte etwas auffallendes, was die Annahme aufkommen läßt, daß ihm seine schreckliche Tat keine Gewissensbisse macht.

In der Beweisaufnahme hörte man nichts gutes über den Angeklagten. In den Geschäften arbeitete er nicht, insofern man ihn nirgends behielt. Er wurde als ein arbeitsscheuer dem Müßiggang ergebener Mensch geschildert.

Um 1 Uhr trat Mittagspause bis 1/2 1/2 Uhr ein.

Die Beweisaufnahme wurde in der Nachmittagsstunde zu Ende geführt. Sie brachte kaum wesentlich neue Momente mehr. Hervorzuheben ist noch, daß Kleile sich Vorhalt über sein Faulenzleben nicht nur von Niemand gefallen ließ und alle Mahnungen, sich ehrlider Arbeit zuzuwenden, schroff zurückwies. Seinen ältesten Bruder, der ihm über seinen Lebenswandel Vorhalt machte, bedrohte er sogar mit einer Waffe, und es mußte die Mutter dazwischen springen, um ein Unheil zu verhüten. Wie schon gesagt, besuchte Kleile mit Vorliebe die Kinos besonders wenn Schauerstücke und übertriebene Liebesgeschichten zur Darstellung kamen. Auch an dem Tage, an welchem er wegen der von ihm zugefügten schweren Straftaten verhaftet wurde, war er in Pforzheim in einem Kinematographentheater.

Auf Grund der Gegenstand der Anklage bildenden Vorgänge waren an die Geschworenen Schuldfragen wegen Sittlichkeitsverbrechens nach § 176 Riff. 3 R.St.G.B., wegen versuchter Raubtötung und wegen Mords gestellt. Die Geschworenen bejahten sämtliche Fragen, worauf Kleile wegen Mords zum Tode und wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

Kleile nahm die Urteilsverkündung mit demselben Gleichmut hin, den er während der ganzen Verhandlung zur Schau getragen hatte.

§ Karlsruhe, 17. April.

5. Meineid.

Dem Urteilsprüche der Geschworenen unterlag heute die Anklage gegen den Tagelöhner Franz Josef Barth aus Weiber wegen Meineids.

Die Verhandlung des Falles begann um 9 1/2 Uhr unter dem Vorhabe von Landgerichtsrat Dr. Weicher. Die Anklagebehörde vertrat in dieser Sache Staatsanwalt Dr. Kuenzler. Die Verteidigung des Angeklagten führte Rechtsanwalt Strauß-Bruchsal.

Der 24jährige Angeklagte wurde beschuldigt, daß er vor einer zur Abnahme von Eiden zuständigen Behörde den vor seiner Vernehmung geleisteten Eid wissenschaftlich durch ein falsches Zeugnis verletzete, indem er vor dem Schöffengericht Bruchsal am 24. Dezember 1912 in der Strafsache gegen Gregor Gärtner aus Weiber wegen Körperverletzung nach Leistung des Zeugniseides angab: "Nachdem Händel den Gärtner dreimal "Baschor" genannt hatte, bin ich aus der Wirtsstube hinausgegangen und habe nicht mehr gesehen, was Gärtner noch mit Händel gemacht hat; insbesondere habe ich nicht gesehen, daß Gärtner den Händel an der Brust packte, ihn von seinem Stuhle herunterzog und auf den Boden warf und mit der Faust auf ihn einschlug; es ist auch nicht wahr, daß ich solche Angaben dem Gendarmen gemacht habe, denn ich bin von demselben gar nicht als Zeuge gehört worden; ich glaube, daß es sich um eine Verwechslung mit Leopold Waber handelt", obwohl er während des ganzen Streites zwischen Gärtner und Händel anwesend war und gesehen hatte, daß Gärtner den Händel gepackt und an die Wand gedrückt und auch wahrnahm, wie Gärtner dem Händel einen Faustschlag gab und von dem Gendarmen am 18. November auf dem Rathaus zu Weiber tatsächlich verhört worden war.

Die schöffengerichtliche Verhandlung am 12. Dezember in Bruchsal bildete das gerichtliche Nachspiel zu einer jener bekannten Burschenschlagerereien, wie sie Sonntags häufig auf dem Lande vorzukommen pflegen. In der Bierlaune reizen sich die einander feindselig gesinnten Burschen durch allerlei Scheltreden bis die Stimmung den Höhepunkt erreicht hat, der zur Auseinander- setzung mit der Faust, oft auch mit dem Messer und anderen gefährlichen Werkzeugen führt.

Am Sonntag den 10. November entstanden im Nebenzim- mer der Wirtschaft zum "Hirsch" zu Weiber zwischen mehreren Burschen Streitigkeiten, die dadurch hervorgerufen worden waren, daß es zwischen dem Tagelöhner Josef Händel und dem heutigen Angeklagten Barth zu Auseinandersetzungen kam, in die sich auch ein Freund des Barth, Gregor Gärtner, mischte. Es kam zwischen diesem und Händel schließlich zu Tätlichkeiten, weil Händel dem Gärtner wiederholt dessen Liebername "Baschor" zugerufen hatte. Händel wurde ziemlich erheblich mißhandelt. Auch Barth hatte den Streit zwischen Gärtner und Händel dazu bemittelt, diesem einige Schläge zu verrieten. Er war entgegen seiner eiblichen Aussagen vor dem Schöffengericht während des ganzen Verlaufs der Streitigkeiten im "Hirsch" anwesend und hatte alle Vorgänge mit angesehen. Zwischen Barth und Händel besteht schon lange ein gespanntes Verhältnis. Die gegen-

nister benutzte ich als Kopffissen. Ich schlief und träumte. Wieder blies es. Ein Durcheinander und Hluden. Die Zelte wurden abgepackt, jeder wollte am ehesten fertig sein und vertourtelte dabei mehr als recht war. Um elf Uhr nachts wurde aufgedröckelt. Wir marschierten mit Siederung. Ich kam zu der dreiköpfigen Spitzengruppe. Ein Sous-Leutnant hatte das Kommando.

Solche Marschnächte sind unheimlich, besonders wenn der Mond abgeht und das Dunkel sich über die Landschaft wirft, alle Sinne aufpeitscht und doppelt empfindlich macht. Die Augen bohren sich wie Dolchmesser in die Finsternis und können doch nichts erkennen. Die Ohren horchen ins Land und werden jeden Augenblick von den Geräuschen der Ferne geklärt. Der Atem geht gepreßt, verhalten, wird zur körperlichen Qual, das Herz kommt aus seinen Hart-schlägen nicht mehr heraus.

(Fortsetzung folgt.)

Theater und Musik.

Die Lügoverin.

So nennt Albrecht Thoma sein neues Bühnenstück, welches in 5 knappen Akten das tragische Schicksal der heldenhaften Eleonore Prohaska (richtiger: Prochaska), einer tapferen Kämpferin des bedeutungsvollen Jahres 1813, uns vor Augen führen soll. Da ja die Dichtung nur den vom Autor wohlge-meinten Zweck erfüllen sollte, auch gewisse dramatisch-faktische Momente aufweisen kann, wollen auch wir uns der allgemeinen Anerkennung der schiffelerschen Begabung Thoma's gerne

anschließen. Bis jetzt fanden drei Aufführungen statt (Sonntag, Montag, Dienstag), die sich alle eines regen Besuches erfreuen durften. Geplant sind Wiederholungen am Donnerstag und Sonntag. Von Eleonore Prohaska wissen wir sehr wenige Histo- riker zu berichten und doch ist ihr persönliches Schicksal, ihr toll- rühner Bemühen wert, in den weitesten Kreisen bekannt zu sein. Wir lassen deshalb hier die wichtigsten Daten folgen: Eleonore wurde geboren am 11. März 1785 in Rotsdam. Sie trat 1813 heimlich als Jäger "August Henz" in die Lühwische Freischar, und ihr Geschick blieb unentdeckt, bis ihr am 16. September an der Gohde durch eine Kugelfische der linke Schenkel zertrüm- mert wurde. An den Folgen dieser schweren Verwundung starb sie am 5. Oktober in Danneberg, woselbst sie auch begraben wurde. Die Aufführung fand im "Eintracht"-Saal in Karls- rube statt.

Hoffhauspieler W. Baffermann studierte das Stück mit peinlicher Gewissenhaftigkeit ein und erwarb sich so den Hauptanteil an den abgemündeten Aufführungen. Einen tief- gehenden Eindruck hinterließ die Eleonore-Verkörperung durch Hoffhauspielerin Lina Carrens. Aber auch die übrigen Dar- steller, begabte Liebhaber-Schauspieler hiesiger Stadt, taten alles, was in ihrem Können stand und schufen oft ganz lobenswerte Einzelleistungen. Alle hier mit Namen aufzuführen, würde zu weit führen.

Das Hochzeitlich-Festspielkomitee beschloß in diesem Jahre die Festspiele wieder einzuführen. Zunächst soll die Aufführung eines Stückes stattfinden, das einen Stoff aus den Freiheitskriegen 1813 und 1815 behandelt. Dieser sind Vor- stellungen des "Wilhelm Tell" und des Schauspiel "Die ver- sunnene Glode" in Aussicht genommen. Die Spielleitung hat der Oberregisseur am Freiburger Stadttheater Wötter über- nommen. Als erster Spieltag wurde der 23. Juni festgesetzt.



seitige Abneigung fand auch des öfteren ihren Ausdruck in Schimpereien und persönlichen Anfeindungen. So gerieten Barth und Händel am 27. Oktober während des Nachmittags in der Wirtshaus zum „Badischen Hof“ zu Weiber aneinander, wobei Barth seinem Gegner mit einer Bierflasche einen Schlag auf den Kopf versetzte. Er mußte sich deshalb wegen Körperverletzung am 10. Dezember vor dem Schöffengericht Bruchsal verantworten, das gegen ihn auf eine Geldstrafe von 25 M. erkannte.

Der Angeklagte Barth gestand zu, daß seine am 24. Dezember vor dem Schöffengericht Bruchsal in der Anklage gegen Gärtners wegen Körperverletzung unter Eid gemachten Aussagen der Wahrheit nicht entsprechen. Er räumte heute ohne alle Einschränkung ein, dem Streite im „Girsch“ vom Anfang bis zu Ende beigewohnt zu haben und auch von dem Gendarmen vernommen worden zu sein. Die falschen Angaben habe er gemacht, damit Gärtners wegen des Händel, der ein streitfächtiger und böswärtiger Mensch sei, keine große Strafe erhalte, er habe sie aber auch deshalb gemacht, um keine Strafe zu erhalten dafür, daß er bei dem Streite im „Girsch“ ebenfalls den Händel geschlagen habe. Daß Händel in der Tat gerne Streit anfängt, besonders wenn er angetrunken ist, wurde durch die Beweisaufnahme bestätigt. Der Angeklagte Barth besitzt einen guten Leumund, und außer der angeführten Verurteilung durch das Schöffengericht Bruchsal wurde er bisher noch nicht bestraft.

Die Geschworenen hatten zwei Fragen zu prüfen: eine Schuldfrage wegen Meineids und die Strafmaßfrage, ob die Angabe der Wahrheit gegen den Angeklagten selbst eine Verfolgung wegen eines Vergehens (Körperverletzung) nach sich ziehen konnte. Beide Fragen fanden Bejahung. Der Schwurgerichtshof bestrafte den Angeklagten mit 9 Monaten Gefängnis, abzüglich 3 Monaten Untersuchungshaft.

### Aus der Partei.

**Forstheim, 15. April.** In seiner letzten Mitgliederversammlung beschloß der sozialdemokratische Verein, daß die Raifeier dieses Jahr im Gasthaus zur „Linde“ am 1. Mai (Simmelfesttag) nachmittags 4 Uhr stattfindet. Die beiden Turn- und Gesangsvereine werden mitwirken. Ferner ist für dieses Jahr ein korporativer Ausflug der hiesigen Arbeitervereine ins Murgtal zur Besichtigung der Elektrizitätsanlage geplant, an dem sich der Verein beteiligt. Das voraussichtlich im Sommer wieder stattfindende Kinderfest wird unterstützt und sind bereits die Delegierten zur Kartellkommission bestimmt. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß am nächsten Sonntag vormittags 11 Uhr ebenfalls in der „Linde“ eine Demonstrationssammlung mit dem Thema: „Gegen den Rüstungswahnsinn“ stattfindet. Redner ist Parteisekretär Trinius-Karlsruhe. Es ergeht an die Arbeiterchaft die Aufforderung, an dieser Versammlung vollständig sich zu beteiligen.

**Unterwiesheim, 17. April.** Am Sonntag, 20. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet hier eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Landtagsabgeordneter W. Kolb über die politische Lage sprechen wird. Wir erlauben die Parteigenossen für einen zahlreichen Besuch zu animieren.

**Weingarten, 16. April.** Raifeier. Die diesjährige Raifeier findet am 1. Mai, nachmittags 1/2 Uhr beginnend, in der Festhalle statt. Die gesamte Feuerwehrkapelle, sowie der Arbeitergesangsverein „Vorwärts“ werden hierbei mitwirken. Die Festeide hält Gen. Dr. Kullmann-Karlsruhe. Der Preis des Programms beträgt nur 10 Pf.

**Erffingen, 17. April.** Wie bereits kurz berichtet, hat das Agitationskomitee des 49. Landtagswahlkreises beschlossen, eine gemeinsame Raifeier abzuhalten. Zur Erledigung der notwendigen Vorarbeiten haben einige Sitzungen stattgefunden; am nächsten Sonntag den 20. April, mittags 12 Uhr, findet nun eine Mitgliederversammlung des hiesigen sozialdemokratischen Vereins in der Wirtshaus zum „Deutschen Kaiser“ statt, um die Verteilung der verschiedenen Funktionen vorzunehmen. Vollständiges Erscheinen hierzu ist dringend notwendig, damit am 1. Mai das Fest einen schönen Verlauf nimmt.

**Wilderdingen, 17. April.** Auf zum Protest gegen den Rüstungswahnsinn! Die sozialdemokratische Partei veranstaltet am Sonntag, 20. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr, in der „Krone“ eine Protestversammlung gegen die geplante Militärparade, in welcher Stadtrat Gen. E. Ged. Karlsruhe, sprechen wird. Die Parteigenossen der Umgegend werden ersucht, sich an dieser Veranstaltung ebenfalls zu beteiligen, damit ein wirkungsvoller Protest zustande kommt. Parteigenossen! Seht dafür, daß die Versammlung gut besucht wird!

**Leutesheim, 17. April.** Am Sonntag den 13. April sprach in einer gut besuchten Versammlung in Leutesheim an Stelle des Genossen Weber-Durlach Gemeindevater Ded. Mörch über das Thema: „Sozialdemokratie und Landwirtschaft“. In klarer Weise präziserte der Redner die Stellung der Sozialdemokratie zur Landwirtschaft und vertrat es, die Zuhörer bis zum Schluß zu fesseln. Mehrere Vorkläufer lobten den Redner für seine Ausführungen. Diskussion fand keine statt.

Über das gleiche Thema sprach Genosse Ded. am 18. April in Aderstweier. Diese Versammlung hätte etwas besser besucht sein dürfen. Auch hier fand keine Diskussion statt, so daß der Vorlesende nach einer Aufforderung an die Anwesenden, Mitglieder der Partei und Abkommen des „Volksfreund“ zu werden, die Versammlung schließen konnte.

### Kommunalpolitik.

**Bürgerausschussprüfung in Gröningen.** Heute Freitag abend 7 Uhr findet hier eine Bürgerausschussprüfung statt. Auf der Tagesordnung steht die Verklundung des Voranschlags für das Jahr 1913. Der Voranschlag sieht eine Umlage von 58 Pf. vor, das ist gegen das Vorjahr eine Steigerung von 16 Pf. Die Sitzung verspricht interessant zu werden, da, wie man hört, mit der angeblichen „sozialdemokratischen Mißwirtschaft“ abgerechnet werden soll.

**Bürgermeisterwahl in Verghaupten bei Gengenbach.** Bei der gestern stattgehabten Bürgermeisterwahl ergab sich folgendes Resultat: Der seitberige Bürgermeister Bruder erhielt 66, Herr Armbruster 77 und Feist 54 Stimmen. 4 Stimmen waren zerplittert. Von 21 Wahlberechtigten stimmten 20 ab. Durch dieses Ergebnis wird ein zweiter Wahlgang nötig sein, auf den man gespannt sein wird. Unsere Parteigenossen, die bei der Flugblattverteilung von dem Kandidaten Armbruster schon schlecht behandelt wurden, werden bei der kommenden Wahl ihre nötigen Konsequenzen ziehen.

### Gewerkschaftliches.

**Sulzfeld in Baden, 16. April.** Wie alljährlich, so feiern auch in diesem Jahre die Zahnstellen des Zentralverbandes der Steinarbeiter im Badisch-Württembergischen Sandsteinbecken die Maifeiern gemeinschaft-

lich und zwar diesmal in Sulzfeld. Da die Maifeier diesmal auf einen Feiertag fällt und mitten in den Kampf des Baugewerbes, durch den wir bereits jetzt schon schwer in Mitleidenschaft gezogen werden, erwarten wir einen zahlreichen Besuch der Kollegen der näheren und weiteren Entfernung. Aber auch die Parteigenossen und Gewerkschafts-follegen von nah und fern sind freundlichst eingeladen. Der allgem. anerkannte prächtige Verlauf unserer bisherigen Maifeiern verbürgt den Besuchern einige frohe und anregende Stunden. Für musikalische Unterhaltung und allerlei Kurzweil ist bestens gesorgt. Die Festeide wird gehalten von Gen. Adam Kemmle, Redakteur in Mannheim. Der Festplatz befindet sich beim Werkplatz Simmelsbach am Bahnhof. Aufstellung des Festzuges um 1 Uhr mittag.

### Aus dem Lande.

#### Durlach.

**Holzarbeiter!** Das Jahr 1913 ist für die organisierte Arbeiterchaft von ganz Deutschland ein Jahr des Kampfes. Holzarbeiter, Zimmerer, Bauarbeiter, Maler, sowie verschiedene andere Berufe wurden mit dem Beginn dieses Jahres in Tarifkämpfe gedrängt. Während die Maler, Bauhandwerker, Zimmerer und brennende Berufe noch in Tarifverhandlungen stehen, konnte für die Holzarbeiter der Tarif ohne den allseitig befristeten Streit und der angebotenen Aussperrung abgeschlossen werden. Ueber die Erzeugnisse und Vorteile, welche der neue Tarif dem größten Teil der Holzarbeiter gebracht hat, wird Kollege Sigmund-Karlsruhe am morgigen Samstag abend 6 Uhr im Saale zum „Deutschen Hof“ in Durlach einen Vortrag halten. Alle in der Holzbranche beschäftigten Arbeiter von Durlach und Umgegend werden hierzu freundlichst eingeladen. Besonders werden die organisierten Kollegen aufgefordert, die Unorganisierten mitzubringen. (Siehe Vereins-Angeheer!)

#### Bruchsal.

**Städtisches Bureau.** Das als Ersatz für die Aufhebung der Bauaufsichtskommission hierher verlegte städtische Bureau ist in dem Gebäude des Güteramtes untergebracht. Bearbeitet wird hier die Warenstatistik der Güterbewegung innerhalb des deutschen Reiches und mit dem Ausland. Als Abteilung des Rechnungsbureaus der Generaldirektion ist es keine öffentliche Behörde.

#### Ettlingen.

**Die Urfrache der Kohlenzugbahn-Bergung** in der hiesigen Gewerkschaft ist nun ziemlich einwandfrei festgestellt. Die Bergung ist nach dem „Mittelbad. Kurier“ nicht darauf zurückzuführen, daß einige Schüler vorübergehend den Füllschacht öffneten, um ihre Zeichnungen zu trocknen. Eine Untersuchung hat ergeben, daß der gutgehende Verschlussdeckel an der Reinigungsöffnung des Ofens jedoch aufsteigt und nicht fest abschließt. Es konnte nachgewiesen werden, daß das Einströmen der kälteren Luft durch den Reinigungskanal den Abzug des Gases nach dem Saug unterbindet. Die speziell schwerere Dampfgase drangen durch die Ritzen des Ofens langsam und fortgesetzt ins Schmelz- und sogen sich nach dem Fenster zu, weil dorthin durch die Luftzirkulation immer ein Zug stattfindet. Daher waren die in Fensternähe sitzenden Schüler am schwersten betroffen.

#### Rastatt.

**Kohlenbezugsverein.** Die Arbeiterchaft von Rastatt, besonders Gewerkschafts- und Parteimitglieder, werden zu der am Samstag, 19. April, abends 8 Uhr, im „Anker“-Saale stattfindenden Versammlung zwecks Gründung eines Kohlenbezugsvereins eingeladen. Herr Josef Krüger, Vorsitzender vom Kohlenbezugsverein Karlsruhe, wird einen diesbezüglichen Vortrag halten. Die Arbeiter werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

#### Offenburg.

**L. Der städtische Voranschlag** ist nun endlich im Druck erschienen. In dem letzten Erscheinen der Voranschläge und Rechnungsberechnungen kamt Offenburg schon lange. Hauptächlich auch mit aus dieser Ursache wurden zwei weitere Rechnungsberechnungen bei der Stadtkasse angefertigt. Während nun der Rechnungsberechnung für 1911 jetzt auch schon erschienen, also wesentlich früher als die Jahre vorher, hinft die Herausgabe des Voranschlags gegenüber den anderen Städten immer noch hinten nach. Besonders erwähnenswert ist die verhältnismäßig große Einnahmesumme von 896 320 M. von Steuern und Abgaben. Auch das Defizit soll wieder 40 000 M. einbringen und die Umlagen-Nachträge 23 000 M. Die Verkehrssteuereinzugsfälle sind auf 3000 und die Wertzuwachssteuer auf gar nur 2200 M. bezuschlagt. Nach dem Voranschlag, der am 29. April zur Beratung kommen wird, betragen die Ausgaben der Stadtkasse für 1913 rund 1 215 930 M. Die Einnahmen aber nur 769 660 M. Es bleiben somit noch 446 270 M. durch Umlagen zu decken. Davon kommen auf die Liegenschaftssteuererwerbe von 50 828 900 M. mit 36 Pf. vom Hundert 182 983 M., auf die Betriebsvermögen von 23 969 600 M. mit ebenfalls 36 Pf. vom Hundert 86 291 M., auf das Kapitalvermögen von 31 531 900 M. mit 16 Pf. vom Hundert 50 451 M., auf die Einkommensteuererträge von 210 767,50 M. mit 57,6 Pf. von 1 M. kommen 126 580 M.; zusammen alle 4 Umlageerträge 446 806 M. An laufenden Einnahmen erwähnen wir die Mietzinsen von Gebäuden mit 16 920 M., von Wärdern 25 177 M., von Wiesen 48 233 M., vom Wald 103 040 M. Die übrigen Einnahmen sind die ähnlichen, wie in anderen Städten. Auf die ertragbaren Liegenschaften muß die Stadt aber auch 64 000 M. Unterhaltungskosten verwenden. Eine Hauptausgabe ist die Summe von rund 120 000 M. für Straßen, Kanäle usw., dann der ganz gewaltige Aufwand für die Schulen, bezuglich der Armenaufwand mit 55 600 M. Zum erstenmal figuriert auch unter der Rubrik „Für das Heer“ ein Kosten von 700 M. für bedürftige Veteranen. Die Versorgung der Veteranen ist doch weitestgehend Aufgabe des Reiches. Auf diese Weise werden die Pflichten des Reiches nach auf die Kommunen abgewälzt. Der deutsche Michel (die Kommunen mit inbegriffen) läßt sich einfach alles bieten. Die Volksschule hat einen Aufwand von 184 800 M., die Oberrealschule von 71 470 M., die höhere Mädchenschule von 41 350 M., die Gewerkschule von 27 280 M., und die Handelsschule von 9560 M.

Auf die Stadtkasse abliefern soll dieses Jahr das Wasserwerk 43 800 M., das Gaswerk 72 600 M., das Elektrizitätswerk 43 200 M. und der Schlachthof 23 200 M. Die Garnisonsbaukasse weist dagegen eine Ungünstigkeit von rund 3000 M. auf, ähnlich wie im Vorjahre, während die Latrinenaufgabe trotz den zahlreichen Anschlüssen an die allgemeine Kanalanlage immer noch einen Ueberschuß von mehr als 10 000 M. abwirft.

**Gengenbach, 17. April.** Heute nachmittag wurde der Füllschacht der Rappenschlag, Michael Schwarg, welcher im Verbot steht, sich gegen den § 176 vergangen zu haben, verhaftet. Schwarg ist seit kurzer Zeit Wirtzer und Vater einer Anzahl minderjähriger Kinder.

### Aus der Stadt.

Karlsruhe, 18. April.

Beratung des Voranschlags der Stadt Karlsruhe im Bürgerausschuss.

(Erster Verhandlungstag.)

O. B. Siegrist eröffnet um 4 1/2 Uhr die Sitzung bei Anwesenheit von 84 Mitgliedern. Es wird sofort in die Beratung des ersten Punktes der Tagesordnung eingetreten.

#### 1. Einrichtung elektrischer Beleuchtung am Bahnhofplatz und in den Zufahrtsstraßen zum neuen Bahnhof.

Angefordert werden zur Einrichtung der elektrischen Beleuchtung der Karlsruher zwischen Kaiser- und Bahnhofstraße, der Neuen Bahnhofstraße, des Bahnhofplatzes, der Reichstraße zwischen Beierheimer Allee und Bahnhofplatz, der Köpferstraße, der Straße Am Stadtgarten und der Ettlinger Straße von der Kriegstraße bis südlich der Unterführung beim neuen Bahnhof insgesamt 106 599,43 M., die aus Anlehensmitteln verwendet werden sollen. — Um die Umlage nicht noch höher anzuheben zu lassen, so führt die Begründung aus, wird nunmehr vorgezogen, den noch erforderlichen Aufwand nicht aus Wirtschaftsmitteln, wie in früheren Bürgerausschussjahren beschlossen, sondern aus Anlehensmitteln zu bestreiten, jedoch mit Rücksicht auf die Lebensdauer der Einrichtung mit einer auf 15 Jahre herabgezogenen Tilgungsfrist. Die jährliche Belastung der Stadtkasse beträgt 9588 M. — Gegenw. Dr. Paul empfiehlt die Annahme der Vorlage. — Stadtk. Gräffler bringt Wünsche bezüglich der Beleuchtung der Ettlinger Straße und Beierheimer Allee vor. — Die Vorlage wird sodann einstimmig angenommen.

#### 2. Aufwand für die außerordentlichen Unternehmungen 1913.

Der Vorlage wird ohne Debatte zugestimmt. Nunmehr wird in den Hauptpunkt der Tagesordnung eingetreten, in die

#### 3. Beratung des Gemeindevoranschlags für 1913.

Zur Einführung führt O. B. Siegrist in etwa einständiger Rede folgendes aus:

Der Voranschlag für 1913 steht unter dem bedauerlichen Zeichen einer Umlagesteigerung um 8 Pf. Seit meinem Amtsantritt habe ich mich bemüht, eine Wirtschaftsmittel- und Finanzpolitik zu treiben, die uns allmählich zu einem stetigen Umlagefuß führen und der etwa 35 Pf. betragen sollte. Wir hatten in den Jahren 1908 und 1909 (nach Einführung der neuen Steuererhebung) 32 Pf., müßten 1910 um 3 Pf., auf 35 Pf. hinaufgehen. 1911 konnten wir zufolge der stärkeren Heranziehung des Kapitalvermögens (mit 16 Pf. gegen 12 Pf.) auf 34 Pf. herunter; dieser Satz blieb auch 1912; wobei allerdings anzunehmen war, daß die Zahl 35 bald wieder erreicht würde. Wie ich im vorigen Jahre ausgeführt habe, waren wir mit diesem Satz dabei angelangt, unsern Voranschlag annähernd so auszugleichen, wie es eine rationale Wirtschaftsmittel- und Finanzpolitik erforderte. Wir haben alle erforderlichen Abschreibungen und Rücklagen durchgeführt, hatten einen erheblichen Teil der Volksschulbauten und sonstige kleinere Ausgaben, die früher aus Anlehensmitteln bestritten wurden, auf die Wirtschaft übernommen. Was noch fehlte, war die Erhöhung des Betriebsfonds und ein Umlageausgleichsfonds. Leider sind die Entlastungen nun in stärkerem Maße eingetreten, als wohl irgend einer von uns erwartet hätte.

Wir haben wieder den Betriebsfonds erhöhen, noch einen Umlageausgleichsfonds schaffen können, haben eine Reihe von Ausgaben, deren Bestreitung aus Wirtschaftsmitteln vorgesehen war, auf Anlehensmitteln überweisen und den Schulhausbeitrag der Wirtschaft erheblich kürzen müssen und können doch nicht ohne Umlageerhöhung auskommen. Die von mir schon so oft beklagte Erscheinung, daß die Ausgaben viel stärker wachsen als die Einnahmen, tritt in diesem Jahre in bedenklichem Maße hervor, indem unsere Einnahmen von 6 429 000 M. auf 6 228 000 M., also um 201 000 M., gesunken sind, die Ausgaben aber von 10 824 000 M. auf 11 176 000 M., also um 352 000 M., gestiegen sind und so der ungedeckte Aufwand um 553 000 M. höher geworden ist; im vorigen Jahre betrug er 4 895 000 M., er beträgt in diesem Jahre 4 947 000 M. Da durch die Zunahme der Steuerkapitalien hieron nur etwa 230 000 M. gedeckt sind, ist der Rest von 323 000 M. durch Erhöhung des Umlagefußes um 3 Pf. aufzubringen.

Der Voranschlag dieses Jahres ist durch Zinsen und Tilgung von Anleihen um 381 000 M., durch Gehalts- und Lohnverhöhung der Beamten und Arbeiter um 524 000 M., durch Mehraufwand für die Volksschulen um 128 000 M. und für die Armenverwaltung um 70 000 M. stärker belastet als der von 1912. Diese vier Positionen haben eine ungünstige Wirkung in Höhe von zusammen 1 103 000 M., die teils in Minder-Einnahmen, teils in Mehraufgaben der Stadtkasse zur Geltung kommt. Dagegen sollen Mehreinnahmen bringen: das Gaswerk 17 000 M., das Wasserwerk 37 000, das Elektrizitätswerk 102 000, zusammen 156 000 M. Die Kapitalzinsen 98 000 M., die Umlagenachträge 68 000 M., die Warenhaussteuer 10 000 M., die Wertzuwachssteuer 25 000 M., das sind im ganzen 357 000 M. (Bei den Betrieben sind selbstverständlich die Mehrkosten für Gehalte und Löhne schon abgezogen.) Dabei ist an Ausgaben, die nicht ohnehin schon feststehen, möglichst gespart. So sind in § 26b die Kosten für die Straßenerhaltung äußerlich eingeschränkt. Auch an neuen dauernden und einmaligen Vorhaben sind wir wenig aufkommen. Immerhin finden Sie neue Stellen für Schülerleistung und Gehwegunterhaltung, einen Beitrag für die Armen- und Heilungsanstalten u. a.

Wir haben uns, nach meiner Meinung, in der Bewilligung einzelner Ausgaben etwas zu wenig nach der Deckung geachtet oder Ausgaben bewilligt, aber nicht rechtzeitig und nicht genügend für deren Deckung gesorgt. Auch in der Gemeindevirtschaft sollte der Grundbesitz straffe Geltung haben: Keine Ausgaben ohne Deckung! Sie erinnern sich nun, daß ich schon vor Jahren auf die Notwendigkeit der Beschaffung neuer Einnahmen hingewiesen und Ihnen u. a. die Einführung der Luftkarkasssteuer empfohlen habe, die nach § 80 der St.-O. auch in Baden zulässig ist und in den meisten größeren deutschen Städten ansehnliche Beiträge zur Deckung des Gemeindefinanzbedarfs liefert. Ich bin aber mit dieser Anregung hier schlecht angekommen. Jetzt scheint es soweit zu sein, daß wir Aussicht auf Bewilligung einer wichtigen Steuer dieser Art haben. Sodann darf ich daran erinnern, daß ich bei Beratung der neuen Gehalts- und Lohnordnung der Beamten und Arbeiter darauf hingewiesen habe, daß die hohe Mehrbelastung, die dadurch das städtische Budget dauernd erfährt, nicht ohne Umlageerhöhung zu tragen werden können. Auch damals hat man mir nicht geglaubt. In meinen Bemerkungen zu dem vorjährigen Voranschlag hatte ich davon gesprochen, daß für diesen Zweck keine Mittel vorgezogen seien, daß aber das Jahr 1912 wohl eine Summe von 100 000 M. für Gehalts- und Lohnaufbesserung würde tragen können, ohne den Lebensfuß allzu sehr zu vermindern. Statt 100 000 M. wurden aber dann trotz meiner finanziellen Bedenken für 1912: 178 000 M. und für 1913: 240 000 M. bewilligt. Nachzu um den Mehretrag von 78 000 M. ist dann auch der Wirtschaftsmittelüberschuß von 1912 gegen den von 1911 zurückgegangen und im Jahre 1913 kamen natürlich noch die regelmäßigen Zulagen,



Beförderungszulagen und Personalvermehrung hinzu, sodaß wir 1913 an Mehraufwand für Personal (ohne die Lehrer) 524 868 M. zu decken haben. Seit 1900 ist unser Personalaufwand von 575 000 M. auf 2 296 000 M. gestiegen, dazu der Personalaufwand für die Lehrer sämtlicher Schulen von 483 000 M. auf 2 179 000 M. Vielleicht sind die Herren Kollegen nun doch auch der Meinung, daß wir hier etwas über unsere Verhältnisse gehaut haben. Hätte man die von mir gezogenen finanziellen Grenzen eingehalten, so wäre höchstens eine Umlageerhöhung von 1 Pfg. nötig geworden. Wir ständen dann nicht höher als Mannheim und die meisten andern Städte. Für die Bürgerchaft ist es eine harte Sache, in der gegenwärtigen Zeit der steigenden Hypotheken- und Mietzinsen und der sonstigen allgemeinen Teuerung, nun auch noch einen um 8,8 Proz. erhöhten Umlagezettel präsentiert zu bekommen. Es wird sich doch empfehlen, künftighin die Personalinteressen nicht allzusehr in den Vordergrund zu stellen.

Ich habe den Eindruck, daß hier, wenn es sich um die Bewilligung solcher Ausgaben handelt, ein etwas zu großer Optimismus sich geltend macht. Man erwartet insbesondere viel zu viel von den Erträgen der städtischen Unternehmen und bedenkt nicht, daß bei diesen auch Schwankungen nach unten vorkommen, und wir keine Reserven besitzen, um solche auszugleichen. Eine solche Schwankung nach unten ist im vorigen Jahr beim Elektrizitätswerk eingetreten. Dieses hatte im Jahre 1910 eine Reinalieferung erbracht von 176 000 M., gegen 7000 M. Voranschlag, 1911: 288 000 M., gegen 11 000 M. Voranschlag, 1912 dagegen nur 128 000 M., gegen 65 000 M. Voranschlag, also nur einen Uberschuß über den Voranschlag von 63 000 M. gegen 27 000 M. Auch die Uberschüsse des Gaswerks und des Wasserwerks waren 1912 um 26 000 M. bezw. 20 000 M. niedriger als 1911, teils infolge der Erhöhung der Voranschlagspositionen, teils wegen geringerer Ausgaben, insbesondere für Gehälter und Arbeiter. Im ganzen hat sich also der Wirtschaftüberschuß allein bei diesen drei Betrieben um 20 000 + 26 000 + 164 000 = 210 000 M. verschlechtert. Dazu ging der Uberschuß des Schlachthofs ebenfalls um 34 000 M. zurück. Es ist nun für 1913 eine Reinalieferung des Elektrizitätswerks von 167 000 M. vorzusehen, also 89 000 M. mehr als die Reinalieferung 1912 ergeben hat. Im Hinblick auf die starke Anschlagsbewegung ist zu hoffen, daß diese Summe nicht nur erreicht, sondern überschritten wird; an einen so hohen Uberschuß wie ihn die Jahre 1910 und 1911 gegenüber dem Voranschlag erbracht haben, ist aber natürlich bei der starken Steigerung des Voranschlags nicht mehr zu denken.

Das Gaswerk steht bekanntlich an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit. Mit der Erweiterung des Gaswerks II ist durch Aufstellung eines weiteren Gasbehälters begonnen. Die sonstigen Neubauten weisen nächstes Jahr in Angriff genommen werden. Sie erfordern gegen drei Millionen und verteuern trotz Stilllegung des Gaswerks I durch Zinsen und Tilgungskosten die Selbstkosten des Gases, da das neue Werk selbstverständlich nicht von Anfang voll ausgenutzt werden kann. Da der Gaspreis nicht erhöht werden kann, sinkt dadurch natürlich der Uberschuß und die Rentabilität. Dazu kommt die Steigerung der Kohlenpreise und Löhne. 1911 und 1912 ist der Uberschuß übrigens auf ganz gleicher Höhe geblieben (589 000 M.). Hieraus ergibt sich, daß in absehbarer Zeit das Gaswerk keine wesentlich höheren Uberschüsse, sondern eher niedrigere abwerfen wird.

Die Straßenbahn hat im Jahre 1912 160 000 M. mehr erbracht als im Voranschlag vorgesehen war (1911: 174 000 M.). In diesem Jahr tritt eine prinzipielle Ausgabensteigerung durch die Inbetriebnahme des Betriebes zum neuen Hauptbahnhof ein. Der Zuschuß der Stadtkasse ist auf 169 000 M. berechnet. Würde die Mehreinnahme eine ähnliche Höhe erreichen wie 1912, so würde ein Uberschuß von 5000 M. sich ergeben, während dieser 1912 56 000 M. betragen hat. Freilich ist der Voranschlag dies Jahr schon so knapp aufgestellt, daß mit einem solchen Uberschuß nicht gerechnet werden können. Nun sind der Straßenbahn die beträchtlichen Aufwendungen des Jahres 1912 aus Anleihenmitteln für den Umbau der Karlsruher- und der Gleise der Stlinger Straße noch nicht zur Last geschrieben; dies geschieht erst vom nächsten Jahre an. Dazu kommt nächstes Jahr aber die Betriebskostensteigerung für den Betrieb zum neuen Bahnhof, die durch die neuen und vom frühen Morgen bis in die späten Nachstunden ausgedehnten Verkehre sehr bedeutend werden. Es können ferner die Kosten für die Vermohnung des Wagenparks, die Erweiterung der Wagenhalle und der Werkstätten, des Umbaus der Kaiserstraße zwischen Karl- und Leopoldstraße, sämtlicher Eisenbahnübergänge, Herstellung des Theatengleises — lauter Ausgaben, die wenig oder nichts einbringen, aber das Budget der Straßenbahn mit jährlich über 150 000 M. belasten, zu deren Deckung allein eine Verkehrserhöhung von über 10 Prozent erforderlich ist. Die Straßenbahn wird also in einer längeren Reihe von Jahren nicht nur nicht einbringen, sondern wahrscheinlich die Uberschüsse des Elektrizitätswerks aufzehren.

Der Gasen entwickelt sich andauernd günstig. Läßt man den bei Errichtung des Gasens der Stadt geleisteten Staatsbeitrag von 2 000 000 M. außer Betracht, so hat er 1912 sogar einen kleinen Reinalüberschuß erbracht. Allerdings müssen jetzt abermals 1,3 Millionen für ein weiteres Becken aufgewendet werden, an dem aber schon ein beträchtlicher Teil des Uberschusses vermindert ist. Immerhin kann auf den Gasen als Uberschuhbetrieb nicht gerechnet werden. Leider verzögerte sich der Bau des vierten Beckens in unerwarteter Weise dadurch, daß die Groß-Generaldirektion die höchst einfachen Gleispläne, um deren Fortschritt wir sie Anfang Mai vorigen Jahres ersucht haben, erst vor einigen Tagen fertig gestellt hat, nachdem wir uns wiederholt bei Groß-Generaldirektion der Finanzen beschwert hatten. Leider muß ich sagen, daß wir auch in andern Dingen nicht das erwünschte Entgegenkommen bei der Groß-Generaldirektion hinsichtlich des Reinalüberschusses fanden. Obgleich der Karlsruher Gasen der Groß-Staatsbahn beispielsweise 1911 über eine Million Tonnen Frachtverkehre gebracht hat, hat man den Eindruck, daß der Karlsruher Gasen der Eisenbahn immer noch als ein unangenehmer Konkurrent, nicht aber als ein willkommener Kunde und Auftraggeber erscheint. Sonst wäre nicht verständlich, daß man sich immer noch dagegen sträubt, den Karlsruher Gasen bezüglich des Betriebsvertrags, der Anschlussgebühren, der Frachtarife usw. ebenso und nicht schlechter zu behandeln, wie andere Gasen, und daß man sich jede Konzession mit Widerstreben und äußerster Zurückhaltung abringen läßt.

Wir müssen ja freilich erleben, daß auch auf anderen Gebieten dringende und berechtigte Wünsche der Stadt Karlsruhe von der Staatsbahnverwaltung kaum beachtet werden. So erstreckt die Stadt gemeinsam mit Dellbronn schon seit Jahren eine beschleunigte Zugverbindung zwischen diesen beiden Städten. Die Entfernung beträgt auf der fast geraden Strecke über Eppingen 78 Kilometer. Dazu brauchen die vier täglich in jeder Richtung verkehrenden Züge je 2 1/2—3 Stunden, also länger als zur Fahrt nach Freiburg (136 Kilometer). Es ist völlig unbegreiflich, warum auf dieser Strecke — der einzigen der Stadt das Bedürfnis dazu besitzenden und neuerdings in den badischen Lande — kein Einsatz geführt wird. Immer wieder behauptet man sogar, die Interessen der beiden Städte hätten sich nicht vereinbaren lassen. Dabei sind beide Städte völlig einig und erstreben gemeinsam das gleiche Ziel. Daß man durch solche Vernachlässigung wichtiger Verkehrsinteressen nicht nur die beteiligten Gemeinden, sondern auch das Land schädigt, kommt für die Staatsbahn offenbar nicht in Betracht.

Lehrlich verhält es sich auch mit dem Verkehr nach der badischen Pfalz und dem benachbarten Elsaß, die Verbindungen nach Landau-Neustadt, nach Germersheim, Speyer, Lauterburg, Weidenburg usw. sind kaum viel besser als in der guten alten Zeit des Kojewagens, obgleich auf Drängen der Stadtverwaltung hier manches etwas besser geworden ist. Welch großer Schaden der Stadt Karlsruhe und damit natürlich dem badischen Lande zugefügt wird, liegt für Jedermann auf der Hand. Allerdings bildet in dieser Beziehung der Mangel einer festen Rheinbrücke bei Maxau ein großes technisches Hindernis. Gerechtigerweise regt sich nun in der Mitte unserer Handel- und gewerbetreibenden Bürgerchaft ein lebhaftes Interesse für diese nicht nur für Karlsruhe, sondern auch weit über Landesgrenzen hinaus sehr wichtige Frage. Es hat sich ein rührige Organisation für deren Lösung gebildet und Sie finden in unserem Voranschlag die Anforderung eines Zuschusses für materielle Unterstützung dieser Bestrebungen. Ich hoffe, daß der Bürgerausschuß ihn gerne und einmütig bewilligen wird und damit seine Zustimmung zu den Bestrebungen des Vereins zu erkennen gibt.

Um nun zum Voranschlag an sich zurückzukehren, so möchte ich zunächst noch darauf hinweisen, daß es nicht möglich ist durch Abstriche oder Pinaufhebung der Einnahmeposten eine Ermäßigung der Umlage zu erzielen. Wenn die Umlageerhöhung mehr zufälligen einmaligen und nicht wiederkehrenden Umständen zugeschrieben wäre, so würde sich ja am Ende durch Ausnahmemaßregeln, wie einmalige Kürzung der Tilgung oder Verwendung eines Betrags aus Grundstücksmitteln zu derselben ein Ausgleich schaffen lassen. Leider steht die Sache aber nicht so. Betrachten Sie sich das außerordentliche Budget mit seinen fast 10 Millionen für Zwecke, die größtenteils keine oder nur mäßige neue Einnahmen bringen (Schlachthofumbau, Schwemmanalisation, Gewerbe- und Volksschulbauten, Straßen zum Hauptbahnhof), wiesach sogar außer den Zinsen und Tilgungsraten auch noch vermehrte Betriebsausgaben erfordern, bedenken Sie, daß darin noch keine Mittel enthalten sind für Theater, Ausstellungshallen, Stadtparkenerweiterung mit Bäumen im Wert von einer halben Million, daß wir ferner im jetzigen Voranschlag schon wieder einen Teil des Wirtschaftüberschusses einziehen, so werden Sie erkennen, daß wir in den nächsten Jahren ohne einschneidende Maßnahmen nicht an eine Reduktion der Umlage denken können, sondern eher mit einer weiteren Steigerung rechnen müssen. Wir haben zwar nun als neue Einnahmequellen die Schwemmangeleithen beschlossen und hoffen auf die Luftbarkeit dieser spärlich fließen. Und selbst wenn sie schon im nächsten Jahre den Betrag von 100 000 M. erbringen sollten, so wird damit doch nur ein kleiner Teil der Mehrausgaben des nächsten Jahres gedeckt sein. Dabei stehen schon wieder beträchtliche neue Ausgaben in greifbarer Nähe: Ich erinnere nur daran, daß wir bemittelt sind, im Wege der Selbsthilfe die Lage unserer Nahverkehrsmittelversorgung zu verbessern: Einmal ist beabsichtigt, in dem Ansbau der ehemaligen Chemischen Fabrik bei Ruppure eine Schweinezucht- und Mastanstalt einzurichten. Und sodann schweben Verhandlungen über Errichtung einer Milchzentrale unter Beteiligung der Stadt. Es ist Aussicht vorhanden, daß beide Institute unter Beteiligung landwirtschaftlicher Organisationen zu Stande kommen, jedoch wir nicht im Gegenzug zur Landwirtschaft, sondern in Gemeinschaft mit ihr arbeiten werden.

Die Forderung nach Vereinfachung städtischer Mittel für die Beleuchtung des Hausbesitzes mit 2 Hypotheken wird immer dringender, je schwieriger der Geldemarkt sich gestaltet. Auch die Bahnhöfverlegung wird noch bedeutende weitere Opfer kosten. Für die Ueberführung der Gärtnerei- und Daxlander Straße über die Maxau- und Grabener Bahn soll die Stadt nach Meinung des Eisenbahnministeriums einen Kostenbeitrag von 700 000 M. leisten. Nach Einstellung des Betriebs auf den alten Bahnhöfen werden wir die Maxaubahn und teilweise auch die Rheinbahn in Straßen und Promenaden umwandeln müssen; die Kaiser-Allee, die Kriegs-Straße zwischen Karl-Friedrich- und Westend-Straße, die Karl-Wilhelm-Straße, die Ruppurer-Straße, die Rastatter-Straße, die Rintheimer und verschiedene andere Straßen müssen teils umgebaut, teils mit fester Deckung versehen, Rintheim und Ruppure müssen kanalisiert, Rintheim auch noch mit Wasserleitung versehen werden. Selbstverständlich werden auch die Schulhausbauten nicht aufhören, obwohl das Wachstum der Schülerzahl offenbar in Folge des Geburtenrückgangs merklich nachzulassen beginnt.

Vor allem aber muß nun die Neuordnung des Orts- und Vorortverkehrs ihre Lösung erfahren und in Verbindung damit auch die Frage der Vereinfachung der Stadt in der Verjüngung ihrer Umgebung mit Elektrizität und ihre Stellung zum Maxaustromwerk. Wie ich mir diese Lösung denke, ist Ihnen in den Grundzügen aus meiner Denkschrift bekannt. Nachdem die Verkehrs-Kommission die Beratung dieser für die Entwicklung der Stadt höchst wichtigen Angelegenheit beendet hat, unterliegt sie jetzt der Prüfung des Stadtrats und ich hoffe, daß dieser Ihnen bald eine Vorlage zur Beschlußfassung zugehen lassen wird. Ich will deshalb heute nicht weiter auf diese Sache eingehen und mich auf die Vermerkungen beschränken, daß hier die Möglichkeit gegeben ist, die Stadt und ihre Steuerzahler wirksam zu entlasten und doch anstelle der bisherigen vielfach unbenutzten Einrichtungen eine große einseitige, der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Stadt freie Bahn schaffende Organisation zu erlangen, die auf andere Art nicht möglich ist. Meine Berechnungen haben ergeben, daß wir trotz der Mehrausgaben für Beamte und Arbeiter in diesem Jahre ohne jede Umlageerhöhung auskommen wären, und noch überdies Rücklagen machen könnten, wenn es gelungen wäre, die neue Organisation noch vor Feststellung des Voranschlags ins Leben zu rufen. Soffentlich gelingt es nun wenigstens, dies für das nächste Jahr zu erreichen.

Die nächsten Jahre stehen ja unter dem Zeichen des Stadtsjubeliums, das natürlich in den verschiedensten Beziehungen starke Anforderungen an die Stadtkasse stellen wird. Der Fonds, den wir dafür angeammelt haben, wächst mit dem diesjährigen Beitrag von 50 000 M. auf 318 000 M. Wenn wir aber in der Lage sein sollen, die Stadt in einem wirklich repräsentablen Kleide zu zeigen, so müssen wir dahin nicht nur das Konzerthaus und die Ausstellungshallen gebaut, die Stadtparkenerweiterung mit ihren Neubauten durchgeführt sein, sondern wir werden auch die Festhalle einer gründlichen Verbesserung unterziehen, und Straßen und Verkehrseinrichtungen den durch die Verlegung des Bahnhofes geschaffenen neuen Verhältnissen rings um die Stadt angepaßt und nicht zuletzt unser Rathaus einer gründlichen innerlichen Renovation unterziehen haben müssen. Dann aber werden wir den zahlreichen Besuchern der geplanten und in voller Vorbereitung begriffenen Ausstellungen für Industrie, Landwirtschaft und Kunst, den Teilnehmern an den Kongressen und Versammlungen, sowie an den künstlerischen und sonstigen festlichen Veranstaltungen, die wir für das Jubiläum planen, eine sehenswerte, allen künftigen Anforderungen unserer Zeit gewachsene Stadt zeigen und einen beglücklichen Aufenthalt gewährleisten können. Und ich bin überzeugt, es wird daraus unserer Stadt nicht nur ein papierner Ruhm, sondern ein bleibender Vorteil erwachsen. Die Zeitumstände sind freilich für solche Unternehmungen wenig

günstig. Ich gebe mich aber der Hoffnung hin, daß es gelingt, die gegenwärtigen kritischen Verhältnisse zu überwinden. Und wenn wir die an uns heranretenden Aufgaben stets von unbefangenen, rein sachlichen Standpunkte aus betrachten, zu unserer Orientierung immer nur den einen Mittelpunkt im Auge behalten: Was kommt der Gesamtheit unseres Gemeinwesens? so wird es uns bei einigem Opfermut und allseitigem guten Willen auch gelingen, alle Hemmungen und Zweifel zu überwinden und ohne allzusehr Belastung unserer Mitbürger die uns gestellten Aufgaben zu lösen. Als ein günstiges Omen dafür sehe ich es an, daß Ihre Prüfungskommission beschlossen hat, den Voranschlag, wie er vom Stadtrat aufgestellt wurde, ohne wesentliche Änderung zur Annahme zu empfehlen trotz der wesentlich erhöhten Anforderungen an die Umlagezahler. Ich bin überzeugt, daß Sie zu diesem Entschlusse nur nach gründlicher Prüfung gelangt ist. Sie werden dabei gefunden haben, daß unsere Finanzen zwar sehr stark angespannt, daß sie aber an sich gesund sind. Sie werden sich aber hoffentlich auch davon überzeugt haben, daß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin gewirkt werden muß, eine weitere Steigerung des Umlagefußes zu verhüten. Ich hoffe, daß wir hierüber in diesem ganzen Kollegium einig sind und möchte wünschen, daß in diesem Sinne der Voranschlag und der vorgeschlagene Umlagefuß für dieses Jahr Ihre Zustimmung findet. Die Versammlung quittierte diese Ausführungen mit einem Schweigen.

Namens des Stadt-Vorst. sprach der Obmann Stadtb. Frey: Die Parteien sind übereingekommen, von einer Generaldebatte abzusehen und auch die Frage der Regelung des Verkehrswezens und der Elektrizitätsversorgung heute nicht in die Debatte zu ziehen. Der Voranschlag sei mit großer Sparsamkeit aufgestellt. Der Wirtschaftüberschuß dürfe nicht noch mehr geschwächt werden. Die Umlageerhöhung ist zu bedauern, aber sie war unvermeidlich. Es wird sofort in die

Spezialberatung eingetreten. Begonnen wird mit dem Titel Die Volksschule.

D. W. Siegrist gibt einen Antrag des Voranschlagsprüfungsausschusses bekannt. Die für den freiwilligen fremdsprachlichen Unterricht 2880 M. wieder wie im vorigen Jahre auf 5866 M. festzusetzen.

Stadtv.-Obmann Frey spricht den Wunsch aus, daß mit dem Schulhausneubau am Tullaplatz nicht gedögert wird. Was den Antrag des Pr.-A. betreffe, so sei die Mehrheit des Prüfungsausschusses der Meinung, mit der Einstellung des fremdsprachlichen Unterrichts nicht jetzt zu beginnen. Im übrigen empfehle ich die Annahme des Voranschlags für die Volksschule mit dem erwähnten Antrag. — Ggm. Kleinm. teilt mit, daß ein Projekt für das neue Schulhaus am Tullaplatz ausgearbeitet ist. Der Zuwachs der höheren Mädchenschule ist in den letzten 2 Jahren außerordentlich groß geworden, es kann also nicht ohne Gefahr die Volksschulklassen mit benutzt werden müssen. Eine zu frühe Fertigstellung des neuen Schulhauses ist doch nicht angängig. Was den fremdsprachlichen Unterricht betrifft, so zeigt es sich, daß ein Teil der Schüler abfällt, aber auch daß das Ergebnis des Unterrichts sehr ungünstig lautet, daß der Erfolg den aufgewandten Kosten nicht entspreche. — Stadtv. Jakob widmet anerkennende Worte dem Stadtschulrat Dürr, der in seiner jetzt einjährigen Tätigkeit gezeigt habe, daß er der rechte Mann am rechten Orte sei. Der vollständigen Vermittelfreiheit könne keine Forderung nicht ganz beitreten. Es sprächen gewichtige Gründe gegen die volle Gewährung der Vermittelfreiheit. Das Verantwortlichkeitsgefühl des Kindes leide. Auch gäbe es Eltern, die die Freiheit gar nicht wünschen und eventuell die Kinder der Volksschule entziehen würden. Auch viele Lehrer, die große Mehrheit, sei aus pädagogischen Gründen gegen diese Einrichtung. Die Vorwürfe gegen die Volksschulen seien auch unberechtigt, in der Volksschule sähen die Kinder aller Berufsstände beheimatet. Mit dem Antrage des Pr.-A. sei die natl. Forderung einverstanden. Die neue Einrichtung der Volksschulen sei zu begrüßen. Für die Oststadt gehe es nicht an, weiterhin mit dem Bau hinauszuhalten; es brauche kein Kolossalbau mit 2500 Schülern erstellt zu werden. Seine Forderung verlange trotz der gesparten Finanzlage eine Teuerungszulage für die Unterlehrer und eine Erhöhung der Gehälter der Hauptlehrer um 200 M. — Stadtv. Besang hält den Aufwand für nicht zu groß, wenn man auch berücksichtigt, daß 18 000 Schüler in Betracht kommen. Trotz des hohen Aufwandes seien noch viele Wünsche vorhanden. So gäbe es immer noch stark überfüllte Klassen. Wichtigste Aufgabe sei zunächst die Aufhebung der kombinierten Klassen. Die Aufhebung bedinge aber neue Schulräte, deshalb könne man den Ausführungen des Ggm. Kleinm. nicht beistimmen. Das Oststadt-Schulhaus darf nicht zurückgesetzt werden. Die alte Gewerbeschule sei keine Entlastung für die Oststadt, ebenso die Schule in der Gartenstraße nicht. Weiter bittet Redner um Auskunft, warum der Schulhausbau in Rintheim sich so lange hinausgezögert habe. Dringend nötig sei auch die Zulassung von Schulvikaren. Für die entlassenen Hilfslehrer solle auch in irgend einer Weise gesorgt werden. Gegenüber den Ausführungen des Stadtv. Jakob stellt Redner fest, daß die übergroße Mehrheit der Lehrer nicht gegen die Aufhebung der Vermittelfreiheit sei. Die Bestimmungen für die Vermittelfreiheit sind zu formalistisch und zu weitgehend. Besser wäre es vielleicht, die Volksschule aufzuheben und den fremdsprachlichen Unterricht in der Volksschule von der 5. Klasse ab für die Kinder, die es wünschen, einzuführen. Was die Aufhebung der Lehrer anbelange, so stehe seine Forderung auf dem Standpunkte des Stadtv. Jakob.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Gesellenausschuhwahl des Gewerbevereins.

Zum Hinblick auf die am kommenden Montag abend vorzunehmende Wahl zum Gesellenausschuß des Gewerbevereins wird in Arbeiterkreisen die Frage aufgeworfen: Hat es denn Zweck, sich an dieser Wahl überhaupt zu beteiligen? Die Frage muß mit ja beantwortet werden, wenn man auch auf die Bedeutung der Gesellenausschüsse nicht allzu viel Gewicht legen kann. Die Befugnisse der Gesellenausschüsse sind ja im Gesetz so außerordentlich eng gezogen, daß man von diesen Ausschüssen eine wesentliche Förderung der Interessen derer, für die sie doch eigentlich bestimmt sein sollen, der Arbeiter, nicht erwarten kann. Daß man in den Kreisen der Arbeitgeber aber auch die winzigen Rechte der Gesellenausschüsse mit Füßen zu treten gewillt ist, das hat zur Evidenz das Verhalten der Karlsruher Metzger-Zunft gegenüber dem Gesellenausschuß dieser Zunft bewiesen, und daß den Behörden nicht viel am Schutz der wenigen Rechte der Gesellenausschüsse gelegen ist, hat man ja bei dem Verhalten der Behörden in dem Streit zwischen Metzger-Zunft und Gesellenausschuß deutlich genug wahrzunehmen.

Was steht nun den Gesellenausschüssen zu? Der Gesellenausschuß ist bei der Regelung des Begründungswesens und bei der Gesellenprüfung sowie bei der Begründung und Verwaltung aller Einrichtungen zu beteiligen, für welche die Gesellen Beiträge entrichten oder eine besondere Mitbe-

Stadtrat folgen sollen, wie schnell er sich fertig macht, um demnachst den Stadtrat zu verlassen. Sie sind doch der Pflicht, wie schnell sie können, die Stadtkasse zu entlasten. Sie sind doch der Pflicht, wie schnell sie können, die Stadtkasse zu entlasten. Sie sind doch der Pflicht, wie schnell sie können, die Stadtkasse zu entlasten.



waltung übernehmen, oder welche zu ihrer Unterstützung bestimmt sind. Für den Gesellenauschuss des Gewerbevereins speziell kommt lediglich das Lehrlingswesen und die Gesellenprüfung in Betracht. Hier kann es nun der Arbeiterchaft nicht gleichgültig sein, wer im Gesellenauschuss sitzt. Dem objektiven Beobachter kann kein Zweifel darüber aufkommen, daß im Laufe der Jahre auf dem Gebiete des Lehrlingswesens manche Besserung durchgeführt wurde, die krankhafte Ausbeutung der jungen Menschenfinder hat doch eine Eindämmung erfahren. Andererseits aber bestehen so vielerlei Mißstände besonders auch im Hinblick auf die berufliche Ausbildung der Lehrlinge, daß es der Arbeiterchaft sehr angelegen sein muß, nach einer Besserung zu streben. Es kann der Arbeiterchaft, besonders der organisierten Arbeiterchaft, nicht gleichgültig sein, ob die jungen Menschen zu tüchtigen Leuten oder zu Murksen ausgebildet werden. Wer etwas Tüchtiges gelernt hat, wird sich nicht zum Lohnbrüder hergeben, er wird seine Arbeitskraft gut verkaufen wollen. Die Lehrlingsprüfungen bilden einen Gradmesser dafür, inwieweit unser heutiges Lehrlingswesen seine Aufgabe erfüllt. Den Gradmesser müssen wir aber kennen. Eben aus diesen Gründen ergibt sich die Notwendigkeit der Beteiligung an der Regelung des Lehrlingswesens und eben deshalb muß die organisierte Arbeiterchaft sich an den Gesellenauschusswahlen beteiligen. Darum muß es den wahlberechtigten organisierten Arbeitern zur Pflicht gemacht werden, am kommenden Montag abend zur Wahl zu gehen. Dieselbe findet statt von 7-1/2-8 Uhr im Landesgewerbeamt. Wahlausweisarten sind im Arbeitersekretariat, Wilhelmstraße 47, zu haben.

Von der Technischen Hochschule. Herr Prof. Dr. Schwaninger eröffnet Freitag den 18. April, nachmittags 5-6 Uhr an der technischen Hochschule in Karlsruhe wiederum seine Vorlesungen über „Landwirtschaftliche Zoologie“, in der hauptsächlich die Schädlingsbekämpfung auf dem Gebiete des Obst-, Wein- und Gartenbaues in der belannten, durch seine eigenen Forschungsergebnisse und Erfahrungen sowie durch Vorworfungen unterstützten Methode behandelt. Die Vorlesungen sind wöchentlich einstündig und unentgeltlich. Wir möchten nicht verfehlen, Landwirte und andere Interessenten hiermit auf die günstige Gelegenheit, sich über das betreffende Gebiet durch den hervorragenden Sachverständigen zu belehren, hinzuweisen.

Verloren. Am 12. l. M. hat eine Dame auf dem Wege Moltes, Westens, Kaiserstraße oder in einem Straßenbahnwagen einen Briefbeutel mit etwa 100 Mk. Papiergeld und einem feingliedrigen Platin-Salstetelchen mit einer mit Brillanten besetzten Schleife im Werte von 600 Mk. verloren und bis jetzt nicht wieder erhalten.

**Verhörungen und Unterhaltungen.**

Der Zirkelklub Mühlburg wird am kommenden Sonntag den 20. d. M., nachmittags 4 Uhr, im Festsale der „Drei Linden“ ein größeres Zirkelkonzert veranstalten. Im Anschluß daran folgt eine Tanzunterhaltung, sodas ein Besuch aufs Beste empfohlen werden kann. (Siehe Inserat!)

Kolloffium. Als dritte Nummer brachten vorgestern abend die Kölner Gäste den Schwank „Mein Bruder das u. Luder“ heraus. Man ist zwar schon durch die beiden vorhergehenden Schwänke „Schieber“ und „Der Mann mit dem Himmel“ tüchtig in den Lachmuskel trainiert, aber die Kölner bringen immer wieder neue Schläger, neue Witze, die tollsten Situationskomiken, die das ganze Haus zu den stärksten Lachsalben und Seiterleitsausbrüchen hinreißten. Im Mittelpunkt dieses Schwanks steht Herr Direktor Job als der „Bruder“, der das „Luder“ ist, selbst. Herr Job führte seine Rolle glänzend durch, namentlich in der Rolle seines fingierten Doppelgängers aus Amerika entfesselte er ein treffliches schauspielerisches Talent. Er spielte die Rolle des mit allen Sinnen gehesten und doch in den schwierigsten Situationen um Ausreden nie verlegenen Ehemannes ganz vorzüglich. Ebenbürtig, auch in ihrem Spiel, fanden ihm seine vier „Gegnerinnen“ gegenüber, an der Spitze Frau Job, dann Frau Verti, die Schwiegermutter, die von Herrn Auen verführt wurde und Frau Monhardt. Jede der genannten Darstellerinnen bezog. Darsteller bot eine abgerundete Leistung, man konnte an dem natürlichen Spiel seine herzliche Freude haben. Daß Herr Finting wieder als „Bruder Anton“ von bezwingender Komik war, braucht nach seinen Leistungen als „Mann mit dem Himmel“ und in „Schieber“ kaum noch erwähnt zu werden. Auch die übrigen Rollen, die von den Herren Geißhövel, Schüren und Edmann und Frau Weißweiler gespielt wurden, lagen bei diesen Schauspielern in den besten Händen. Das Haus war sehr gut besucht. Die zahlreichen Zuschauer unterhielten sich auf das köstlichste. Wer die Kölner noch nicht gesehen hat, dem ist nur zu raten, sich einmal an ihrem ganz trefflichen Spiel und ihrem unbenüßlichen Humor einige Stunden Erholung und fröhlichen Genuß zu haben. Die Hauskapelle unter Herrn Hämers Leitung bot, wie gewohnt, zur Einleitung und als Zwischenaktmusik wieder auserlesene Genuße.

Metropol-Theater. In den beiden Dramas „Der Doppelgänger“ und „Der schwarze Pierot“ besitzt das Metropol-Theater (Schillerstraße) augenblicklich zwei prächtige Programmnummern, welche allgemeine Bewunderung erregen. Auch die übrigen Filme, teils dramatisch, teils humoristisch, sind gut gewählt; die Naturaufnahmen reihen sich den übrigen Nummern würdig an. Ein wahres Rabenritzenstück ist die Einlage „Eine Veruntfische“, welche die köstlichsten Situationen enthält.

**Letzte Nachrichten.**

**Das Mannheimer Streikurteil.**

Mannheim, 17. April. In dem bekannten Friedr. eichsfelder Streiktrawall-Prozess, der auf Grund eines Beschlusses des Reichsgerichts zur nochmaligen Verhandlung an die hiesige Strafkammer zurückverwiesen wurde, enging gestern das Urteil. Es wurden folgende Gefängnisstrafen gegen die Angeklagten ausgesprochen: Sattler 3 Jahre 11 Monate (beim ersten Urteil 5 Jahre 2 Monate), Weber 3 Jahre 8 Monate (fünf Jahre 2 Monate) und Mehler 14 Jahre (5 Jahre) wegen erschwerter Körperverletzung; Haibel, unter Freisprechung von der Anklage wegen erschwerter Körperverletzung, 3 Monate (5 Jahre 2 Monate) und Schlipf 2 Monate (3 Monate) wegen Streikvergehens nach § 153 der Gewerbeordnung; Spitenberger 3 Monate (3 Monate) wegen Begünstigung. Die Strafen des Spitenberger, Schlipf und Haibel galten durch die Untersuchungschaft als verbüßt.

**Zum Kampf im Baugewerbe.**

Berlin, 18. April. (Telegr. Meldung.) Die zentralen Verhandlungen im Baugewerbe werden nach den Vorschlägen der Unparteiischen nach Abschluß der örtlichen Verhandlungen voraussichtlich am 22. April im Reichstagsgebäude beginnen.

**Der Zwischenfall in Nancy.**

Nancy, 17. April. Die amtliche Untersuchung des Zwischenfalles ist beendet worden. Staatsrat Ogier ist heute nachmittag mit dem Bericht nach Paris zurückgekehrt. Die heute verhörten Zeugen, namentlich die Bahnhofbeamten, wiederholten ihre bereits gemachten Aussagen. Sie erklärten, nicht gesehen zu haben, daß die Deutschen geschlagen worden seien.

**Zum Generalstreik in Belgien.**

Brüssel, 16. April. Der Zentralauschuss der belgischen Industrie, in dem die Hauptindustrien des Landes, Kohlen, Metallurgie, Baugewerbe, Webereien, Glas- und Spiegel-fabrikation vereinigt sind, gibt vom heutigen Stand des Generalstreiks folgende Ziffern. Es streiken: im Kohlenbergbau 123 000 Arbeiter von 140 000 (gegen gestern leichte Besserung im Süden des Centre); in der Metallurgie 24 000 von 40 000, im Baugewerbe 48 000 von 65 000, in den Glasfabriken 9560 von 10 800, in den Webereien in Berviers, Rolle 655 von 8600; in Gent: Baumwolle 4500 von 18 000, Leinen 1750 von 17 500; zusammen 218 800 von 305 000 Arbeitern. Es arbeiten also 28 1/2 Prozent.

Brüssel, 17. April. Auch heute hat der Streik noch an Ausdehnung zugenommen. In der Provinz Hennegau, die die Bezirke von Charleroi, Borinage und Centre umfaßt, streifen heute 173 000 von 204 000 Arbeitern. Davon entfallen 80 000 auf Charleroi, 44 000 auf das Centre. Im Hafen von Antwerpen hat sich die Lage heute verschlimmert. Verschiedene Docks sind ohne Schiffe. Die Grain-Borfs arbeiten geregelt; sie haben jedoch nur 500 statt 1000 Mann zur Erledigung der Geschäfte nötig. Die zwei Getreide-Elevatoren sind in Tätigkeit. Die gegenwärtige Krise betrifft vor allem die Ladung der Schiffe.

**Der Balkan-Konflikt.**

**Der Waffenstillstand.**

Sofia, 17. April. Die „Agence Bulgare“ meldet: Zu der Nachricht über den Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Bulgarien und der Türkei sind wir ermächtigt, zu erklären, daß es sich dabei nicht um einen schriftlich abgeschlossenen Waffenstillstand handelt, sondern um eine für einige Tage mündlich vereinbarte Waffenruhe, die beiden Teilen ermöglichen soll, ihre Toten zu beerdigen.

**Die Friedensverhandlungen.**

Athen, 17. April. Wie die „Agence d'Athènes“ aus guter Quelle erfährt, ist die griechische Regierung der Meinung, die Verbündeten sollten, wenn auch die Bedingungen nicht erfüllt worden seien, keine Einwendungen gegen die Vermittlung der Mächte machen. Die griechische Regierung sei geneigt, sie anzunehmen. Sie behalte sich aber vor, die Einzelheiten über den Frieden zu erörtern.

**Nikita gibt noch nicht nach.**

Cetinje, 16. April. Die Vertreter der Großmächte unternehmen heute nachmittag einen Kollektivschritt, indem sie die in Sofia, Belgrad und Athen bereits überreichte Antwort der Mächte auf den jüngsten Gegen-vorschlag der Verbündeten dem Minister des Äußern übermittelten. Darauf machten die Vertreter der Mächte dem Minister Mitteilung von der für Albanien festgesetzten Nordsperrzone. Der Minister nahm diese Mitteilung zur Kenntnis, dankte für diese und erklärte, er werde sie dem Ministerrat unterbreiten und sich mit den Verbündeten wegen Erteilung der Antwort ins Einbernehmen setzen. Dem Pariser „Temps“ wird von hier gemeldet, der

König Nikita habe dem diplomatischen Korps erklärt, daß die Blockade nicht genügen werde, um ihn zur Aufhebung der Belagerung von Sutari zu veranlassen, und daß es einer Landung von internationalen Truppen bedürfe, um ihn dazu zu zwingen.

**Briefkasten der Redaktion.**

B. F., Durlach. Daß Genosse Compere-Morel über die deutsche Wehrvorlage sprechen wollte, ist natürlich Un-sinn; er wollte über die chauvinistischen Gegerereien hüben und drüben sprechen. Uebrigens hat unser Magdeburger Parteiorgan, die „Volkstimme“ die nicht gehaltene Rede im Druck veröffentlicht und lassen wir Ihnen den Aus-schnitt als Drucksache zugehen.

**Wasserstand des Rheins.**

18. April.  
Schifferinsel 1.60 m, gef. 15 cm, Rehl 2.39 m, gef. 3 cm  
Ragau 3.86 m, gef. 1 cm, Mannheim 3.08 m, gef. 8 cm.

**Vereinsanzeiger.**

- Karlsruhe. (Arb.-Radfahrerverband „Solidarität“) Sonntag den 20. d. M. Vereinsausfahrt nach Maulbronn, Breiten. Ab-fahrt vom Vereinslokal pünktlich um 1/8 Uhr morgens. Mitglieder, welche an dieser Ausfahrt verhindert sind, werden ersucht, sich mittags zu einer Agitationstour nach Wehr-am Rhein einzufinden. Abfahrt um 1 Uhr, ebenfalls vom Lokal. 441
- Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Sonntag nachmittags 3 Uhr: Fußballwettkampf der 1. Mannschaft gegen „Viktoria“ Horz auf dem Turnplatz beim Wasserwerk. — Die Schülerwande-rung wird bis auf weiteres verschoben. — Montag abend 1/9 Uhr im Lokal: Turnrats-sitzung. 466
- Karlsruhe. (Steinarbeiterverband.) Samstag, 19. April, punkt 1/9 Uhr abends: Steinarbeiter-Versammlung im Lokal zum „Großherzog Friedrich“. Um zahlreiches und pünkt-liches Erscheinen ersucht. 456 Der Vorstand.
- Durlach. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Samstag, 19. April, abends 1/9 Uhr, im „Lamm“ Versammlung mit Vortrag des Kollegen D. Sauer. 462
- Durlach. (Deutscher Holzarbeiterverband.) Morgen, Samstag, abends 5 Uhr, findet im Saale zum „Lamm“ Hof“ eine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung statt. Kollege Sig-mund-Karlsruhe wird über den Abschluß unseres neuen Tarifvertrages und was lernen wir daraus, referieren. Dazu ist die ganze in der Holzbranche beschäftigte Arbeiter-schaft von Durlach und Umgebung freundlichst eingeladen.
- Durlach. (Zentralfranken- und Arbeitervereine der Tischer, Ham-burg.) Samstag, 19. April, abends 8 Uhr, im „Südwander“; Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Neuwahl der Ortsverwaltung Durlach. 467
- Grüningen. (Sozialdem. Verein.) Sonntag, 20. April, nach-mittags 2 Uhr, findet im „Löwen“ unsere diesjährige Gene-ralversammlung statt. Zahlreiches und pünktliches Er-scheinen wird erwartet. 463
- Bruchsal. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Samstag, 19. April, abends 1/9 Uhr, in der „Fals“ Versammlung mit Vortrag des Kollegen F. Fühner. 462
- Ettlingen. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Samstag, 19. April, abends 1/9 Uhr, in der „Brauerei Henke“ Ver-sammlung mit Vortrag des Kollegen B. Kruse. 462
- Ettlingen. (Arbeitervereineverein „Eintracht“) Morgen Sam-s-tag von 1/8 bis 1/8 Uhr Singtunde. Um 9 Uhr Mit-glieder-Versammlung. Wegen der Lokalfrage soll eine gründliche Aussprache stattfinden. Außerdem können die Festbühnen für das Sängerefest in Empfang genommen werden. Die Mitglieder wollen sich zahlreich und pünktlich in der „Blume“ einfinden. 467
- Hafslatt. Der Arbeitervereinsverein „Viedesfreiheit“ hält am Samstag, 19. April, abends von 7-11 Uhr, und am Son-n-tag, 20. April, von mittags 1 bis abends 10 Uhr, im Gast-haus zum „Mitter“ ein Freizeitegen ab, zu welchem Regellehhaber freundlichst eingeladen sind. 466
- Bretten. (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Samstag, 19. April, abends 1/9 Uhr, im „Engel“ Versammlung mit Vortrag des Kollegen Paul Durschig. 462

**Besichtigen Sie unsere Schaufenster!**

**Ein seltenes Angebot!**

ca. **4000** Paar Stiefel

von auffallender Preiswürdigkeit.

Einige Beispiele:

**Damen-Halbschuhe und Stiefel**

in nur modernsten Ausführungen, Lack, Kalleider, braun u. schwarz Chevreaux, zum Schnüren od. Knöpfen **5.90**  
Mk. 10.50 9.50 7.25

**Herrenschneerstiefel u. Halbschuhe**

moderne amerikanische Formen, verschiedene Lederarten, braun und schwarz, nur solide Fabrikate **7.25**  
Mk. 12.50 10.50 8.25



**Kinder-Schnurstiefel**

breite, bequeme Formen in nur prima Qualitäten **extra billig.**



**Schuhhaus H. Stern**

Kriegstrasse 24, am Hauptbahnhof. 451

**Stadt. Vierordtbad**

**Versch. Kurbäder**

Halb-, Sitz-, Fuss- und Wechselbäder, Duschen, Wickel (Packungen) und Massagen, Dampf- und Heißluftkastenbäder etc.  
**Damenbadezeit:** Montag und Mittwoch vormitt. 8 bis 1 Uhr und Freitag 2 bis 8 Uhr. 7152  
**Herrenbadezeit:** „Alle übrige Zeit u. Sonntags vorm. 8-12 Uhr.“ Auch ab. Mittag geöffnet.

**Sportwagen** zum Liegen u. fügen im Gummireifen (Dreimast) billig zu verkaufen. **Badertorstr. 43, 2. St., Durlach.**

**Sib-u. Sieckinderwagen** billig zu verkaufen. 439 **Martenerstr. 68a, 5. St.**

**Gasherb** 3fammig, fast neu, ist billig zu verkaufen. **Brauerstr. 19, 2. St. rechts.**

**Vollständ. pol. Bett** 35 Mk., pol. Schreibtisch mit Aufsatz 23 Mk., ein Kinderbett mit Matrage, Chaiselongue 16 Mk., Kommode, Schrank. **Eofa** billig abgegeben. **Ludwig Wilhelmstr. 18 (Hof).**

**Herren-Anzüge** reinig. à 2.50 Mk. **Chem. Wäscherei Firnroh** Kaiserstr. 28. 453



# Große Massensendungen

Damenkonfektion auf unserer abermaligen Einkaufsreise enorm billig erworben, kommen ab heute zum Verkauf.

**Blusen**

Neueste Futuristenbluse entzückende Neuheit . . . 5.90  
 Grosse Posten Spitzenblusen in ecrü und weiss . 4.90 6.90 7.90  
 Neue Fassons in Wollmousselin, gefüttert mit Seiden-Garnitur  
 und Spitzenkragen . . . 2.95 und 3.90  
 Waschhemdblusen . . . 2.50 und 2.95  
 Weisse Piquéhemdblusen . . . 5.90

**Voilebluse „Unglaublich“** in hellblau, rosa, lila, bleu etc. 2.95  
 Weisse Voileblusen mit Bulgarenstickerei, reizende Neuheit  
 Eine Partie schwarze Voileblusen mit reicher Stickerei  
 und Säumchen . . . 5.90  
 Schwarze Wollpopelineblusen, reich garniert . 4.90  
 Ueber 200 schwarze Satinblusen in vielen schönen Fass., nur  
 tadellose Qualitäten . . . Durchschnittspreis 3.90

Alle schwarzen Blusen auch in grössten Weiten.

**Tailen-Kleider**

Wunderschöne Voilekleider in allen Farben . . 29.50 u. 33.00  
 Wollmousselin Kleider, neueste jugendliche Fassons  
 16.75 19.75 23.50  
 Frotté Modellkleider mit reicher aparter Stickerei . . 49.00

**Seidenkleid „Erstaunlich“** aparte Neuheit, in guter weicher Pailetteseide . . . 29.50

**Kostüme** sämtlich auf Seide

Ein Posten Grazer Kostüme grau gestreift, reine Wolle 26.50 u. 29.50  
 Schwarze und marine Twill-Kammgarn-Kostüme beste  
 Verarbeitung . . . 29.50

**Backfischkostüme** in reizend, jugendlich, Verarbeitung 29.50 34.00  
 Beste Schneiderkostüme . . . 39.50 46.00 u. 58.00  
 Neueste Frotté-Kostüme . . . 29.50 u. 39.00

**Kostüm „Beispiellos“** in wirklich guten Stoffen, engl. Art, auf la. Seiden-Serge . . . 19.75

**Mäntel und Paletots**

Hochelegante Seidenmäntel in schwarz u. farbig aus Eolienne, Moiré, Charmeuse, Gloria etc. . . 34.00 43.00 49.00 u. 56.00  
 Neueste Seiden-Jackets, Cutaway und Blusenfassons . . . 26.50 34.00 u. 39.00

**Seidenmantel „Rätselhaft“** hocheleg. in vielen Farb. 29.50  
 Popelinmäntel und Paletots in beige, braun, marine, schwarz, elegante und praktische Neuheit . . . 19.75 24.50 29.50  
 Cover-Coat-Jackets, letzte Neuheit . . . 19.75 23.50  
 Schwarze Cutaway-Tuchjacks . . . 22.50 und 29.50

**Kostümröcke**

schwarz-weiss karierte u. gestreifte letzte Neuheit in reiner Wolle und eleganter Ausführung . . . 12.75  
 Ein Posten Leinenröcke . . . 3.90

## Hirt & Sick Nachf.

**Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“**  
 Ortsgruppe Karlsruhe.

Erfülle hiermit die traurige Pflicht, unsere Mitglieder von dem Hinscheiden unseres langjährigen Mitglieds

**Ferdinand Ernst**

in Kenntnis zu setzen. Die Feuerbestattung findet am Samstag mittag 1/2 Uhr im Krematorium statt. Um zahlreichere Beteiligung der Mitglieder wird gebeten.

Der Vorsitzende.

**Bekanntmachung.**

Erhebung von Gebühren für Desinfektionen betreffend.

Wir bringen nachstehend den vom Bürgerausschuss in seiner Sitzung vom 7. März 1913 genehmigten Gemeindecodex über die Erhebung von Gebühren für Desinfektionen mit dem Anfügen zur öffentlichen Kenntnis, daß die Staatsgenehmigung hierzu unter dem 15. März 1913 erteilt wurde.

Auf Grund des § 75 der Städteordnung wird bestimmt:

I. Für die Vornahme von Desinfektionen durch die städtische Desinfektionsanstalt werden, soweit nicht im folgenden etwas anderes bestimmt ist, folgende Gebühren erhoben:

- für die Desinfektion von Räumen für den Kubikmeter 10  $\mathfrak{M}$ , mindestens jedoch . . . 5  $\mathfrak{M}$  - 3
- für die Benützung der Dampfapparate oder des Dampfboilers:
  - für ein ganzes Bett, ein Sofa, einen Krankenliegebuhl oder einen sonstigen großen Gegenstand . . . 3 „ 50 „
  - für Bettzüge, Matratzen, Deckbetten, Kissen, Kinderbetten, eiserne zusammenlegbare Bettstellen, Polsterstühle, Kinderwagen, große Bodenmatten, einen Bad Korb, Seegras, Federn oder dergl., einen Wäschebeutel mit kleinen Wäschegegenständen (Strümpfen, Taschentüchern, Strümpfen usw.) und dergl. Gegenstände für das Stück 90  $\mathfrak{M}$ , mindestens jedoch . . . 1 „ 50 „
- für Wäsche- und Kleidungsstücke, Kopfkissen und sonstige kleine Stoffe, kleine Teppiche und dergl. für das Stück 10  $\mathfrak{M}$ , mindestens aber . . . 1 „ 80 „
- für sonstige Gegenstände wird die Gebühr im Verhältnis zu den oben genannten Gebühren im Einzelfalle festgesetzt.

In diesen Gebühren ist die Vergütung für die Beförderung der Desinfektionsgeräte und der zu desinfizierenden Gegenstände durch die Anstaltswagen inbegriffen. Werden Gegenstände ohne Benützung der Anstaltswagen eingekauft oder abgeholt, so findet eine Ermäßigung der Gebühren nicht statt.

Falls die Desinfektion von Wohnräumen verlangt ist, dem Desinfektor bei seinem Erscheinen die Ausföhrung der Desinfektion aber gleichwohl nicht ermöglicht wird, ist für den Transport der Gerätschaften und den Zeitverlust eine Gebühr von 3  $\mathfrak{M}$  zu entrichten.

II. Von natürlichen Personen sind Gebühren nicht zu erheben, falls die Desinfektion vorgeschrieben ist und der Zahlungspflichtige nachweist, daß er ein geringeres Einkommen als 5100  $\mathfrak{M}$  zu verdienen hat.

III. Gebühren werden nicht erhoben, wenn die Desinfektion wegen einer der in § 1, Absatz 1 des Reichsgesetzes vom 30. Juni 1900 genannten gemeingefährlichen Krankheiten, Anschlag (Lepra), Cholera (asiatische), Fleckfieber (Flecktyphus), Gelbfieber, Pest (orientalische Beulenpest), Pocken (Blattern) angeordnet wird.

IV. Auch in anderen Fällen kann der Stadtrat, wenn besondere Umstände vorliegen, auf Antrag die Gebühren ermäßigen oder nachlassen.

Karlsruhe, den 15. April 1913. 423  
 Der Stadtrat:  
 Dr. Paul. Burger.

**Quieta!**

Nährsalzreicher Kaffee-Ersatz - Paket 70 Pfg. - Krafttrunk (Nährsalzgemischtes) Dosen Mk. 1.- und Mk. 2.- Das tägliche Getränk vieler Tausende! Es gibt nichts Besseres! Verlangen Sie nur: Marke Quieta in Drogen- und Kolonialwarengeschäften. Wo nicht erhältlich, schreiben Sie an: Quieta-Werke, Bad Dürkheim.



**Gebrüder Scharff**

Karlsruhe: Amalienstr. 27, Wilhelmstr. 30, Rheinstr. 34, Bernhardstr. 8

Knielingen. Teutschneurent.

Wir empfehlen:

**Pflanzenfett** (Bekannt unübertroffene Qualitäten)  
 Marke Palmose, gelb, weich . . . per Pfd. 56  $\mathfrak{M}$   
 Marke Palmbutter, 1 Pfd. und 1/2 Pfd., Tafeln . . . per Pfd. 58  $\mathfrak{M}$   
 Marke Alco, 1 Pfd. Tafeln . . . per Pfd. 60  $\mathfrak{M}$

**Süßrahm-Margarine** (Erstklassige Fabrikate)  
 Qual. I (Rheinperle) II III  
 90  $\mathfrak{M}$  80  $\mathfrak{M}$  68  $\mathfrak{M}$  per Pfd.  
 (Zu Qualität I und II Gutscheine.)

**Schweineschmalz** garantiert rein . . . per Pfd. 76  $\mathfrak{M}$

**Mehl** (Süddeutsches Fabrikat)  
 Qualität I 0 00  
 18  $\mathfrak{M}$  19  $\mathfrak{M}$  20  $\mathfrak{M}$  per Pfd.

**Teigwaren** 444  
 Nudeln (feinste Griesware) . . . per Pfd. 30  $\mathfrak{M}$   
 Eier-Hausmacher . . . per Pfd. 38  $\mathfrak{M}$   
 Maccaroni . . . per Pfd. 26, 30, 36 u. 40  $\mathfrak{M}$

**Dürrobst**  
 Mischobst . . . per Pfd. 32 und 40  $\mathfrak{M}$   
 Pflaumen . . . per Pfd. 28, 36 und 40  $\mathfrak{M}$   
 Dampfpfäfel . . . per Pfd. 45 bis 50  $\mathfrak{M}$   
 Birnenschutze . . . per Pfd. 22 und 26  $\mathfrak{M}$   
 Calif. Birnen, feinste Kistenware per Pfd. 60  $\mathfrak{M}$   
 Aprikosen . . . per Pfd. 68  $\mathfrak{M}$

**Metropol Theater**

Schillerstrasse 22, Ecke Goethestr. Heute zum letzten Male: Der Doppelgänger. Sensations-Drama aus den oberen Zehntausend. Fesselnde Episoden aus d. Leben des Multimilliardärs Lincoln und das zweifelhafte Drama: Der schwarze Pierrot. Ein Schlachtengemälde aus einem mod. Trunkriege. Ausserdem noch 464 7 hervorragende Novitäten.

**Zwei Betten**

Zwei polierte engl. Bettstellen 2 Kissen, 2 dreiteilige Matratzen mit grauem Drell, 2 Polster werden für den billigen Preis von 140  $\mathfrak{M}$ . abgegeben. 6839  
 Waldstraße 22, Möbelhaus.

**Oefen, Grude-Oefen, Herde Gasherde, Küchen- und Haushaltungs-Artikel**  
 kauft man immer noch am besten und billigsten bei Ernst Marx, Luisenstraße 45.

**Mannheimer Lotterie**

Maimarkt-Lotterie  
 Ziehung 7. Mai 1913. 50 000  $\mathfrak{M}$ . Haupttreffer 50 000, 25 000, 15 000 u. s. w. mit H. Abzug Bargeld zahlbar. 867 Lose à 1  $\mathfrak{M}$ . - 11 St. 10. - Bei Carl Göb Gebelstraße 11/15, Karlsruhe.  
 Martenstrasse 92, 1. St. r. ist ein möbl. Zimmer mit sepr. Eingang zu vermieten.  
 Schrothausung schwarz, für tabellos erhalten, billig abzug. Neue Bahnhofsstr. 7, 4. St. l.  
 Kinderlieg-n. Siiwagen gut erb., billig zu verkaufen. Werderstr. 42, 4. St.

**K. F.-C. Phönix**  
 (Phönix-Alemannia) E. V.  
 Sportplatz links der Rheintalbahn entlang. Telefon 1338.  
 Jeden Mittag allgemeines Training unt. Aufsicht des Trainers.  
 Jeden Dienstag und Donnerstag abend Leichtathletik-Training.  
 Sonntag den 20. April 1913 I. Mannschaft gegen V. f. R. Mannheim dort. Abfahrt 12.49. Teilnahme am Waldlauf. Sammelpunkt 1/2 10 Uhr vorm. Umkleideraum in Zentralturnhalle. Start und Ziel Engländer. Nachmittags Fussball-Training.  
 Vorrunde. Sonntag den 27. April 1913: Nordkreismeister F.-V. Frankfurt gegen Phönix. - Sonntag den 4. Mai: Familienausflug. Marschroute: Mit d. Elektrischen nach Durlach, von da zu Fuss über Turmberg durch den Ritterwald nach dem Thomashof. Treffpunkt wird noch bekannt gegeben.



Samstag, den 19. April 1913  
 Spieler-Versammlung u. A. H.-Sitzung im Klubhaus.  
 Sonntag den 20. April 1913 auf unserem Platze:  
 2 Uhr: Durlach A. H. gegen Frankonia A. H.  
 1/4 Uhr: Pokalspiel Vorrunde-Entscheidung Durlach I geg. Frankonia I.  
 Die Mitgliedskarten sind an der Kasse vorzuzeigen.

Fussball-Club Mithurg Verein für Rasenspiele  
 o. V. - Gegr. 1905.  
 Mitgl. d. Verb. südd. Fussball-V.  
 Samstag den 19. April 1913: Spieler-Versammlung.  
 Sonntag den 20. April 1913:  
 1. Mannsch. in Nürnberg Abfahrt 5.44 Uhr.  
 3. u. 4. Mannschaft in Ettlingen  
 5. Mannschaft gegen F.-C. Frankonia V auf unserm Platze 3 Uhr.  
 Spiel um die Süddeutsche Meisterschaft Bieber-Mühlburg auf unserem Platze 3 Uhr.

**Sport-Beier**

Kaiserstr. 174, h.d. Hirschstr. Mitglied des T.-V. „Die Naturfreunde“ 48

**Verloren.** Ein noch neues pol. Bettstelle, Koff. Polster, neue Obermatratze 26  $\mathfrak{M}$ , starkes Kanapee 17  $\mathfrak{M}$ , 468 Kaiserstr. 48, Hof.

Billig zu verkaufen: Gute pol. Bettstelle, Koff., Polster, neue Obermatratze 26  $\mathfrak{M}$ , starkes Kanapee 17  $\mathfrak{M}$ , 468 Kaiserstr. 48, Hof.

**Kinderliegwagen** schöner in Nickel gestell. billig zu verkaufen. Uhlandstraße 20, 3. Stod.

**Göbstr. 16, 4. St.** möbl. Zimmer sofort oder später zu vermieten.

**Mühlbergstr. 23, 3. St.** ist ein möbl. Zimmer per sofort oder 1. Mai zu vermieten.

**Fahrrad** mit Freilauf für 20  $\mathfrak{M}$ . zu verkaufen. Augustenstr. 23, 2. St.

**Marktwagen** 4rädiger zu verkaufen. Luisenstr. 69. Etw. 2. St. l.



### Deutscher Metallarbeiterverband Verwaltungsstelle Karlsruhe.

#### Die vierteljährliche Generalversammlung

findet am Sonntag den 27. April, mittags 2 Uhr, in der „Gewerkschaftszentrale“ statt.

- Tagesordnung:
1. Tätigkeits- und Kassenbericht vom 1. Quartal.
  2. Stellungnahme zu den im Verbandsorgan in Dresden veröffentlichten Anträgen.
  3. Beratung der eingelaufenen Anträge.
- Anträge, welche zur Beratung kommen sollen, müssen bis Montag den 21. April bei der Ortsverwaltung eingereicht werden.
- Zum Besuch der Generalversammlung sind alle Funktionäre verpflichtet.
- Als Legitimation dient Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte.
- Die Ortsverwaltung.

### Verband der Branerei- und Mühlenarbeiter und verw. Berufsge nossen.

#### Versammlungen

finden statt: Samstag, den 19. April, abends 9 Uhr, in Baden-Baden, Sonntag, den 20. April, nachmittags 1 Uhr, in der Linde in Forchheim, nachmittags 4 Uhr im Kreuz in Durmersheim.

Zahlreiches Erscheinen, auch aus der Umgebung, wird erwartet.

### Gesangverein Freiheit Durlach.

Sonntag, den 20. April, abends 8 Uhr, in der Blume

#### Theater-Abend

verbunden mit Gesang und Vereinstanz, wozu die werten Mitglieder mit Familienangehörigen sowie Freunde und Gönner des Vereins höflichst eingeladen werden.

### Zither-Club Mühlburg.

Am Sonntag den 20. April 1913, nachmittags 4 Uhr, findet im Festsaal der „Drei Linden“ unser

#### Zither-Konzert

mit nachfolgender Tanzunterhaltung statt, wozu wir unsere werten Mitglieder, sowie Freunde und Gönner ganz ergebenst einladen.



Ein großer Posten Badische Emailherde, sowie Krefst-Emailherde

mit wunderschönem Dekor D.M.M., sehr starkes Blech und teilweise doppelte Wände. Im Betrieb zu sehen! Schriftliche Garantie für gutes Brennen, Braten und Backen. Interessenten lade ich zur Besichtigung meines großen Lagers ohne Kaufzwang ergebenst ein.

Eine kleine Ausstellung befindet sich in meiner Lohreinfahrt.

Ferner Gaggenauer Spargasherde mit ganz minimalem Gasverbrauch, in allen Größen und Preislagen.

**J. Blum**  
Eisenwaren, Haus- und Küchengerät  
49 Schützenstraße 49 — Telefon 3097.

## Ausverkauf

Adlerstrasse 18 a.

Herren-Anzüge	36.00 30.00 25.00 19.00 15.00	11 <sup>00</sup>
Burschen-Anzüge	24.00 20.00 17.00 11.00 8.50	6 <sup>75</sup>
Herren-Hosen	12.00 9.50 7.00 5.00 3.00	2 <sup>00</sup>
Knaben-Hosen	1.50 1.20 1.00	75 <sup>0</sup>

Adlerstr. 18a.

kaufen Sie gut und billig

auf bequemste eilzahlungen.

Billigste Preise, da grosser Umsatz u. kleiner Nutzen.

Grosse Auswahl in Herren- u. Damen-Wäsche.

## P. Teicher

Karl-Friedrichstrasse 19 II.  
Kein Laden, nur Lager. 437  
Streng reell.

### Arbeiterfahrradbund „Solidarität“ Gulach.

Sonntag, den 5. April bis einschl. 21. April jeweils Samstag, Sonntag und Montag im Gasthaus „3. Krone“

#### großes Preiskegeln

wozu wir unsere werten Sports- und Kegelfreunde höflichst einladen.



Amstie nach Mass in elegantester Ausführung aus hochmodernen dauerhaften Stoffen.

Mk. 45.- 50.- 55.- 60.- 65.- 70.-

Vorzüglicher Schnitt und Sitz

Rechtliche Anstöße Mk. 20.- bis 50.-

### Julius Löwe

Karlsruhe  
25 Werderplatz 25

### Schnurrbart!

„Margonal“ unterstützt den Haar- u. Bartwuchs mit wunderbarem Erfolg. Ist ein unerreichbares Haar- und Bartwuchsmittel.

Krug Stärke 1 Mark 2.-, 11 Mk. 3.-, extra stark Mk. 4.-, Porto 20 Pfg., Nachnahmeporto extra.

A. Kallenbach,  
Strahburg i. Els., Beggasse. 5540

Weiche ein mit

## Henkel's Bleich-Soda

### Verkaufe und Kaufe

fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, gebr. Uhren, Waffen, Gold und Silber, Brillanten, Zahngebisse, Pfandscheine, Möbel, Reisekoffer. 196

Erstes größtes An- u. Verkaufsgeschäft  
Markgrafenstr. 22. Tel. 2015.

### Kuh- u. Pferddecke

von Mk. 1.50 an kaufen Sie besonders vorteilhaft im Kaufhaus Zapf Zell a. H.



### Bekanntmachung.

Die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses beehren sich mich hierdurch zu einer öffentlichen Versammlung auf

Freitag, den 25. April ds. Js., nachmittags 3<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr in den großen Rathsaussaal, ergebenst einzuladen.

Tagesordnung:

1. Erbauung eines neuen Theaters mit Konzertsaal und einer neuen Ausstellungshalle (Vorlagen Nr. 10 und 30).
2. Sonntagsruhe im Handelsgewerbe (Vorlage Nr. 20).
3. Aenderung des Ortsstatuts über das Gewerbe- und Kaufmannsgericht (Vorlage Nr. 21).
4. Erweiterung und Verbesserung der Einrichtungen der städtischen Straßenbahn (Vorlage Nr. 22).
5. Herabsetzung der Gewerbesteuer zwischen Sofien- und Weinbrenner-Strasse (Vorlage Nr. 23).
6. Erhebung von Gebühren für die Tätigkeit der Ortsbaukontrolle und Prüfung der Entwässerungsanlagen (Vorlage Nr. 24).
7. Einführung einer Luftverkehrssteuer (Vorlage Nr. 25).
8. Abhör der städtischen Rechnungen für 1911 (Vorlage Nr. 29).

Vor der Sitzung — von 3-3<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr — finden die Ersatzwahl eines stellvertretenden Obmanns des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten für den infolge Amtsniederlegung aus dem Bürgerausschuss ausgeschiedenen Stadtverordneten und bisherigen Obmann-Stellvertreter, Herrn Arbeitersekretär Albert Wiskl, statt.

Karlsruhe, den 14. April 1913. 443

Der Oberbürgermeister:  
Siegrist. Rahr.

## Carl König

Dentist  
KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b.  
Telephon 2451.

Künstliche Zähne, Plombieren, Zahnziehen.

### Prima Centrifugen-Cafelbutler

liefert in Karlsruhe frei ins Haus, auswärts in Postkoffi von 5 Pfund an oder als Einlage zu einem Postpaket von 60 Stück Trink- oder Kocher zu billigen Tagespreisen, bei Jahresabschlüssen entsprechend billiger

1914

### Badischer Molkerei-Verband

Stühlingerstraße 59. Karlsruhe. Telefon 279.

### Pflaumen-Mus

in neuen guten Gefäßen

br. ca. 10 Pfd. Emaille-Eimer	M. 2.-
„ „ 10 „ Emaille-Kochtopf	2.20
„ „ 10 „ Emaille-Ringtopf	2.30
„ „ 10 „ Em.-Kaffeekanne	2.20
„ „ 10 „ Em.-Essenträger	2.30
„ „ 28 „ Emaille-Eimer	4.85
„ „ 28 „ Emaille-Wanne	5.80
„ „ 56 „ Emaille-Wanne	10.25
„ „ 34 „ Em.-Küchenschüss	6.75
„ „ 19 „ Em.-Schmortopf	4.50
„ „ 34 „ Em.-Schmortopf	6.75

Wirklich guter Kunsthonig

br. ca. 10 Pfd. Emaille-Eimer	M. 2.50
„ „ 10 „ Emaille-Kochtopf	2.70
„ „ 10 „ Emaille-Ringtopf	2.80
„ „ 10 „ Em.-Kaffeekanne	2.80
„ „ 24 „ Emaille-Eimer	7.50
netto 30 „ Holzkübel	12.25

Versand ab Magdeburg unfr. geg. Nachnahme.

E. Henkelmann, Magdeburg 354

Arbeiter! Agitiert für den Volksfreund.

### Mehl-Zentrale

Karlsruhe  
Werderplatz 37  
Ludwigsplatz 65  
Telephon 484  
Hardtstrasse 7  
Waldhornstrasse 48  
15 Rudolfstrasse 15  
Neul. Aue, Kaiserstr. 6. Neul.

## Mehl

5 12 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> 25 16	
00:	M. 1.05 2.45 4.80
0:	„ —.95 2.35 4.60
I:	„ —.86 2.12 4.20
III:	„ —.76 1.90 3.80
VI:	„ —.68 1.70 3.40
Roggen I:	— .70 1.75 3.50
5 Pfd.-Säckchen	M. 1.05
10 „	„ 2.10
25 „	„ 4.80
Grahammehl Pfd. 20	„ 5 „ 93

Garantiert reines deutsches

### Schweineschmalz

1 Pfd. 75<sup>0</sup>  
bei 5 „ 74<sup>0</sup>  
„ 9 „ 73<sup>0</sup> (in Eimer)

### Pflanzenfett

gelb und weiss  
per Pfd. . . . 55<sup>0</sup>

### Margarine-Butter

Marke Sennerei, per 1/2 90<sup>0</sup>  
„ Frauenstolz „ „ 80<sup>0</sup>

Ferner 436

### Sanella u. Palmin

in 1/2 u. 1/4 Pfd.-Packungen.  
Alles nur in bester Ware  
in der

### Mehl-Zentrale

#### Arbeitsvergebung.

Zum Neubau des Schulhauses in Ruppurr sind die

#### Schreinerarbeiten

zu vergeben.

Angebotsformulare und Zeichnungen können beim städtischen Hochbauamt, Karl Friedrichstr. 8, 2. Et., Zimmer Nr. 170, abgeholt und eingesehen werden.

Datensicht sind auch die Angebote bis

Wittmoos, den 30. April d. J., vorm. 11 Uhr mit entsprechender Aufschrift versehen, eingzureichen.

393

Karlsruhe, den 15. April 1913.  
Städt. Hochbauamt.

#### Bekanntmachung.

Das Grundbuchamt bleibt wegen Reinigung der Diensträume am nächsten Montag den 21. April ds. Js. geschlossen.

432

Karlsruhe, den 16. April 1913.  
Das Grundbuchamt.

### Die billigste Quelle

zum Einkauf tragener u. neuer Kleider, Schuhe und Möbel nur bei F. Glöcher, Karlsruhe, Markgrafenstr. 3. 333 zwischen Waldhorn- u. Brunnenstr.

### Tafelklavier,

kleines Format, Stahlpauker, prima Ton, für 80 Mk. zu verkaufen. Zum Lernen geeignet.

Verlängerte Ritterstr. 11, v.

### 2 Bettladen

mit Stoff sowie Federnbett, wegen Umzug zu verkaufen.

410 Kaiser-Allee 52, 1 Et.